

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 44. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 9. Juni 2011, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen	1 - 48
• Herr Klaus Stuhr gemäß Beweisbeschluss 17-194	

* Hinweis:
Der Zeuge Klaus Stuhr hat keine Korrekturen vorgenommen.

(Beginn: 12.15 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie
sehr herzlich begrüßen zur öffentlichen Sit-
zung unseres Untersuchungsausschusses.

Der **einzige Punkt unserer heutigen
Tagesordnung** wird sein:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Klaus Stuhr
gemäß Beweisbeschluss 17-194

Ich begrüße den Zeugen Klaus Stuhr hier
schon mal sehr herzlich in unserer Runde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung sage ich
das, was ich jedes Mal vor Eintritt in die Ta-
gesordnung sage, nämlich, dass es den Be-
suchern unserer Sitzung nicht erlaubt ist,
Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras
und Ähnliches mit in den Sitzungssaal zu
nehmen, dass auch der Betrieb von Mobil-
telefonen nicht gestattet werden kann, weil
man auch mit denen Aufnahmen und Audio-
dateien machen oder auch Bilder aufnehmen
kann.

**Vernehmung des Zeugen
Klaus Stuhr**

Ich möchte Sie, Herr Stuhr, jetzt auch
ganz offiziell noch mal sehr, sehr herzlich
begrüßen und möchte Ihnen ein paar Forma-
lien jetzt noch mal nahebringen und Ihnen
zunächst sagen, dass wir eine Tonbandauf-
nahme der Sitzung anfertigen, die dann aus-
schließlich dem Zweck dient, die stenografi-
sche Aufzeichnung unserer Sitzung zu er-
leichtern. Die Aufnahme wird dann nach Ge-
nehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbe-
schluss 17-194, den Untersuchungsauftrag
und einen Auszug aus dem Untersuchungs-
ausschussgesetz übersandt. Eine Emp-
fangsbestätigung liegt uns vor.

Für Ihre Vernehmung hat das Nieder-
sächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit
und Verkehr mit Schreiben vom 31. Mai 2011
eine Aussagegenehmigung erteilt. Dieselbe
ist als MAT A 170 an den Ausschuss verteilt
worden.

Ich muss Sie nun ganz formal belehren.
Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit
zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher rich-
tig und vollständig sein. Sie dürfen nichts

weglassen, was zur Sache gehört, und nichts
hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.
Ich habe Sie außerdem auf die möglichen
strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes ge-
gen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer
vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich
falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Straf-
gesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei
Monaten bis fünf Jahren oder mit einer Geld-
strafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungs-
ausschussgesetzes können Sie die Auskunft
über solche Fragen verweigern, deren Be-
antwortung Sie selbst oder Angehörige im
Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessord-
nung der Gefahr aussetzen würde, einer
Untersuchung nach einem gesetzlich geord-
neten Verfahren, insbesondere wegen einer
Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum
Beispiel einem dienstlichen Ordnungsvorfah-
ren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen
des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Ge-
schäftsgeheimnissen nur in einer nach der
Geheimschutzordnung des Bundestages
eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich
Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss
dann gegebenenfalls einen entsprechenden
Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin,
dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in
einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig
sind.

Haben Sie hierzu Fragen, Herr Stuhr?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das
ist nicht der Fall. - Dann kann ich nach die-
sen notwendigen Vorbemerkungen Sie nun
bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem voll-
ständigen Namen, Ihrem Alter vorzustellen,
und Sie zugleich fragen, ob die für Ihre La-
dung gewählte Anschrift noch aktuell ist.

Zeuge Klaus Stuhr: Frau Vorsitzende!
Meine Damen und Herren! Mein Name ist
Klaus Stuhr. Ich war 30 Jahre lang Leiter der
Abteilung Wirtschaftspolitik im Ministerium. Ob
ich für die Einladung danken soll, wage ich
nicht zu beantworten. 35 Jahre ist eine sehr
lange Zeit, ist eine sehr lange Zeit, und man-
ches ist mir entfallen, und ich bitte Sie um
Verständnis, dass ich, wenn ich eine Frage
nicht beantworten kann, klar sage: Dieses
kann ich nicht beantworten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank, Herr Stuhr, genau so soll es sein - Würden Sie dem Ausschuss bitte noch sagen, wie alt Sie sind?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich bin 78.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Und darf ich Sie noch mal fragen für das Protokoll, ob die für Ihre Ladung gewählte Adresse noch korrekt ist?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, korrekt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Dann können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Es geht dem Ausschuss ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock in Gorleben untertägig zu erkunden und keine weiteren alternativen Standorte zu prüfen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Wir untersuchen dazu auch das, was dieser zentralen Lenkungsentscheidung vorausging, nämlich die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, den Standort in Gorleben der Bundesregierung als zu untersuchenden Standort anzubieten. Und in dem Zusammenhang sind Sie heute auch zu uns eingeladen, um uns als Zeuge zur Verfügung zu stehen.

Wenn Sie wünschen, dann habe Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern; andernfalls würden wir sonst sofort Fragen an Sie richten. - Sie würden gerne, dass ich sofort mit meiner Frage beginne, und das will ich sehr, sehr gerne tun.

Herr Stuhr, Sie sagten gerade, Sie sind führender Mitarbeiter, leitender Mitarbeiter in der Landesregierung Albrecht gewesen. Die Regierung Albrecht hat am 17. August 1976 den sogenannten IMAK, den interministeriellen Arbeitskreis, gegründet, eigens zu dem Zwecke, dass man sich denn tatsächlich beschäftigen wollte mit möglichen Standorten damals noch eines nationalen Entsorgungszentrums, dessen Teil dann auch ein möglicher Standort für ein Endlager sein sollte. Diesem interministeriellen Arbeitskreis haben angehört: das niedersächsische Wirtschaftsministerium, das Ministerium für Soziales, für Landwirtschaft, für Inneres und auch Vertre-

ter der Staatskanzlei. Die Federführung hat beim niedersächsischen Wirtschaftsministerium gelegen, jedenfalls bis zur Standortfestlegung am 22. Februar, und danach beim Sozialministerium.

Und in einem Bericht vor dem niedersächsischen Umweltausschuss im Oktober 1977 beschreiben Sie die Aufgabe des interministeriellen Arbeitskreises dahin gehend, dass - ich zitiere -

... unabhängig und losgelöst von den bis dahin gelaufenen Voruntersuchungen des Bundes und der Industrie Kriterien und Grundlagen für eine vorläufige Standortuntersuchung der Landesregierung zu erarbeiten

seien. - Das findet man - das ist jetzt für das Protokoll - unter MAT A 83 (A), Band 6, Seite 658 f.

In Kontrast dazu - also, zu dieser Aussage „unabhängig und losgelöst von den bis dahin gelaufenen Voruntersuchungen“ sollen „Grundlagen für eine vorläufige Standortuntersuchung der Landesregierung zu erarbeiten sein“ - schreiben Sie über die Arbeit dieses interministeriellen Arbeitskreises am 14. Dezember 1976 in einem Entwurf für die Kabinettsvorlage - ich zitiere wieder -:

Außerdem war eine vertrauliche Abstimmung mit den ... Ressorts der Bundesregierung sowie der Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (PWK) erforderlich, um zu vermeiden, daß die Landesregierung eine vorläufige Entscheidung für einen Standort trifft, der aus der niedersächsischen Arbeitsgruppe nicht erkennbaren, im Bereich der Bundesressorts oder der PWK liegenden Gründen nicht realisierbar ist.

Also, einerseits sagen Sie - das ist jetzt meine Frage -, das IMAK-Verfahren solle unabhängig und losgelöst vom Bund sein, und auf der anderen Seite sprechen Sie von einer vertraulichen Abstimmung mit dem Bund. Könnten Sie das noch mal näher erläutern, wie aus Ihrer Erinnerung heraus die Aufgaben dieser interministeriellen Arbeitsgruppe nun waren und wie die Arbeitsweise nun strukturiert war?

Zeuge Klaus Stuhr: Der Gang der Dinge, Frau Vorsitzende, war so, wie Sie es geschildert haben. Dr. Albrecht hat im Jahre 77, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, die-

sen Ausschuss ins Leben gerufen, und er hatte die Mitglieder, die Sie eben genannt hatten. Ich hatte den Vorsitz dieser Veranstaltung. - Dieses vorweg.

In der Tat, es lagen ja Erwägungen, Überlegungen, Ausführungen der Bundesregierung zu diesem Thema vor. Eine Kollision zwischen dieser Vortätigkeit der Bundesregierung und dem inzwischen gegründeten Ausschuss hat es nicht gegeben. Das Land Niedersachsen hat großen Wert darauf gelegt, dass bei der Detaildiskussion über einen Standort zunächst einmal parallel zu den Erwägungen des Bundes eine eigene politische Meinung zu den Möglichkeiten und Aussichten von Niedersachsen zur Errichtung dieser Einrichtung vorhanden war. Zwischen mir, also zwischen dem Ausschuss und mir, hat es eine ganze Reihe von Gesprächen gegeben mit einem Vertreter des BMFT. Wir haben uns ausgetauscht, wir haben Vertraulichkeit vereinbart und auch bewahrt. Und die Tätigkeit des Ausschusses, dem ich vorsah, ist von offiziellen Einwirkungen des Vertreters der Bundesregierung unberührt geblieben. Ich glaube also, dass es eine klare Trennung gab zwischen dem, was dem niedersächsischen Ausschuss oblag, und dem, was die Bundesregierung, sprich dem BMFT, bisher vorgelegt - - oder von ihm entwickelt worden ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich muss wirklich noch mal nachfragen, weil ich glaube, dass es da möglicherweise auch drauf ankommt. Sie sagen, auf der einen Seite haben Sie unabhängig gearbeitet, um die niedersächsische Landesregierung tatsächlich unabhängig und unbeeinflusst beraten zu können bzw. die Entscheidung der Landesregierung entsprechend vorbereiten zu können; auf der anderen Seite aber hat es eine vertrauensvolle und vertrauliche Zusammenarbeit mit BMFT gegeben. Also, hat BMFT denn irgendwie versucht sozusagen, Sie in irgendeiner Weise in Ihrer Arbeit zu beeinflussen - das ist wieder ein großes Wort; letztendlich heißt es das aber - bzw. zumindest ein bisschen Einfluss zu nehmen darauf, wie denn Ihre Entscheidungsfindung gelaufen ist?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich weiß nicht genau, worauf Sie mit Ihrer Frage hinauswollen. Ich glaube, dieses war ein Projekt, das nicht das Projekt eines einzelnen Bundeslandes sein kann, sondern das auch ein Projekt der

Bundesregierung ist. Ich glaube, das ist immer unstrittig gewesen, jedenfalls nach meinem Kenntnisstand. Und ich glaube, es wäre unklug gewesen - auch von mir -, an bekannten Auffassungen des Bundes zu Einzelthemen dieses Problems vorbeizugehen. Ich glaube also, es hat dem Wachsen des Projektes gedient, dass ich - ich kann ja auch die Personen nennen - mit einer Person des BMFT Kontakt hatte und aus seinen Äußerungen und aus seinen Erwägungen auch - wie soll ich sagen? - lernen konnte. Das hat die Objektivität, die Neutralität der niedersächsischen Landesregierung in der Findung und in den Vorschlägen, die ich gemacht habe, nicht beeinträchtigt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist ja der nächste Punkt, über den wir uns unterhalten sollten, nämlich die Frage: Wie ist denn die Findung dieser Vorschläge sozusagen vorstattgegangen? Also, letztendlich ist es natürlich die Frage: Wie kam man denn unbedingt auf Gorleben? Es gibt Stimmen, die sagen: Da wurde Gorleben aus dem Hut gezaubert. - Andere sagen uns: Nein, nein, das war gar nicht so. - Und dann ist es ja immer wieder die Frage: Anhand welcher Kriterien hat man denn jetzt überhaupt über Gorleben - - Oder: Wie ist man überhaupt auf Gorleben gekommen? Anhand welcher Kriterien hat man möglicherweise auch andere Standorte mit in den Blick genommen? Ich finde auf der einen Seite in den Unterlagen einen Vermerk im Ministerium an Sie vom 27. August 1976 - das ist MAT A 102, Band 7, Paginierung 2 - , wo Gorleben benannt ist unter dem Betreff „Entsorgungszentrum für bestrahlte Kernbrennstoffe“, Bezug: Telefongespräch mit Dr. Hornke, KEWA, am 26.08.1976,

Nach Auskunft von Dr. Hornke werden im Augenblick folgende Standortalternativen näher untersucht:
Gorleben, Ebbsdorf, Zwischenahn ...

usw. usw.

Auf der anderen Seite finden wir dann auch ein Schreiben der KEWA an Sie vom 16. November 1976 - das ist MAT A 102, Band 7, Paginierung 10 und 12; das ist die nachbewertende KEWA-Studie von 76 -, wo eine Vielzahl von unterschiedlichen Standorten benannt werden, auch unterschiedliche Kriterien genannt werden. Könnten Sie über diesen Prozess sozusagen der Kriterienfindung, der Standortfindung diesem Aus-

schuss etwas Aufschluss geben und aus Ihrer Erinnerung sagen, wie das Ganze eigentlich vonstattengegangen ist?

Zeuge Klaus Stuhr: Jetzt kommen wir schon ein bisschen ins Detail der ganzen Veranstaltung, was mir die Sache nicht leichter macht. Eine ganz wesentliche Prämisse für eine solche Anlage ist das Vorhandensein von Salzstöcken. Damit sage ich Ihnen nichts Neues. Niedersachsen ist mit solchen Salzstöcken relativ stark ausgerüstet. Ich will Ihnen einige nennen: Es gab einen oder gibt einen Salzstock - der wird dann gleich wieder auftauchen - im Emsland, in Wahn. Es gibt eine Reihe von Salzstöcken entlang der niedersächsischen Küste, von Emden bis nach Stade. Es gibt eine Reihe von Salzstöcken im Landesinneren sozusagen, im Zentrum, etwas von Hannover entfernt. Und es gibt zum Dritten einen Standort, der heißt Gorleben. So. Und weil eben das Vorhandensein eines funktionsfähigen Salzstocks eine - nach meiner Auffassung - wesentliche Prämisse für das ganze Projekt war, haben wir Salzstock für Salzstock uns vorgenommen; nicht ich, denn ich bin kein Fachmann, sondern Kollegen aus den - sehen Sie - Bergämtern, aus dem Landesbergamt, die eine gute Kenntnis natürlich haben von der Struktur.

So. Und bei diesen Untersuchungen kommt das Bergamt - ich zitiere jetzt aus meinem Gedächtnis, aus meiner Erinnerung, und hoffe, dass das einigermaßen stimmt - - Bei diesen Untersuchungen des Bergamtes ist erstens herausgekommen, dass eine Reihe dieser von mir eben aufgezählten Salzstöcke bereits vergeben waren: einer bei Stade für die Dow Chemical, einer bei Wilhelmshaven für andere Unternehmen. Es hat sich zweitens herausgestellt, dass die Salzstöcke auch aus anderen Gründen nur sehr unterschiedlich brauchbar waren. Unter dem Strich hat sich dann also am Ende herausgestellt - das ist alles eine Frage nicht von heute auf morgen gewesen, sondern von vielen Gesprächen, auch mit Fachleuten -, dass der Salzstock Wahn gut geeignet wäre - hier muss ich jetzt ganz vorsichtig sein -, dass der Salzstock Wahn ein in Betracht kommender Salzstock halt sein könnte; das ist etwas neutraler. Es ist dabei herausgekommen, dass der Salzstock in der Nähe von Hannover - das ist, das ist - - Sehen Sie, jetzt verlässt mich mein Gedächtnis; ich komme gleich drauf.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Lichtenhorst!)

- Bitte?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Lichtenhorst!)

- Lichtenhorst. Vielen Dank.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir
können das schon singen!)

- Bitte?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir
können das schon singen!)

- Ja, also, jetzt kann ich es ab sofort auch singen, glaube ich. - Es war zum Dritten ein Standort Mariagluck, und es war zum Vierten eben der berühmte Standort Gorleben.

Außer diesen vier, die - ich sage mal - in die engere Wahl gefallen sind, gab es noch Dutzende oder gibt es noch Dutzende von Salzstöcken. Unter dem Strich will ich sie mal aufteilen in die vier, die in Betracht kommen, die ich eben genannt habe, und in, wenn ich richtig erinnere, so circa 19, 20 andere. Und dieses Erkenntnis aus der Prüfung des Vorhandenseins von Salzstöcken, dieses Ergebnis ist natürlich dann wesentlich in die Endausscheidung gefallen. Ich könnte Ihnen jetzt aus der Erinnerung auch sagen, warum die einen gewichtiger waren sozusagen und die anderen weniger. Wahn war einmal ein Salzstock, der - ich glaube, das habe ich gesagt - aus Gründen des Truppenübungsplatzes, der an seiner Nordkante liegt, gewisse Nachteile hatte, obwohl er im Übrigen nicht so schlecht war. Lichtenhorst war ein solcher, weil ein Teil des Wassereinzugsgebietes Hannover nicht in Betracht kommen sollte. Mariagluck - weiß ich schon nicht mehr. Und Gorleben - darüber reden wir jetzt.

Zusammengefasst heißt das: Unter dem Strich standen 19, 20 Salzstöcke in Niedersachsen zur Debatte; davon die vier erstgenannten mit großer Priorität und der Rest eigentlich unter „ferner liefen“ oder nicht brauchbar.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, herzlichen Dank. - Herr Stuhr, es hat hier verschiedentlich zu Nachfragen bzw. auch zu Irritationen geführt, eben wie es dann letztendlich zur Benennung von Gorleben kam, auch weil die KEWA-Studie - KEWA 1225, Untersuchungszeitraum 01. bis 12.1976, veröffentlicht dann im Oktober 1977 - Gor-

leben als geeignetsten Standort benennt, ohne dass die zugrunde liegenden Untersuchungen erläutert werden. Ich zitiere ganz kurz aus dieser Studie:

Diese Untersuchung wurde durchgeführt mit dem Ergebnis, daß die ursprünglich ausgewählten Standorte ... lediglich vom Standort „Gorleben“ übertroffen werden. Dieser Standort war bei der Untersuchung im Jahre 1974 ausgeschieden, weil er nach den damals zugänglichen Planungsunterlagen in einer Erholungs- bzw. Ferienzone lag.

Das ist der Zwischenbericht der KEWA 1225, Seite 10.

Jetzt ist mehrfach angeführt worden: Siehe und da sind gar keine Kriterien mal benannt worden. - Sind denn die Kriterien Ihrer Erinnerung nach, die in dieser KEWA-Studie verwandt worden sind oder auf deren Grundlage letztendlich entschieden worden ist oder beurteilt worden ist, unterschiedlich von denen, die in der Nachbetrachtung im Jahre 1976 Geltung hatten, in der Gorleben ja die beste Platzziffer erhielt und über die wir uns jetzt gerade in der letzten Frage unterhalten haben? Das ist - noch mal für das Protokoll - MAT A 102, Band 7, Paginierung 10 bis 12. Also, die Frage: Ist da was dran, dass man sagt: „Menschenkinder, also KEWA 1225 nennt überhaupt gar keine Kriterien für Gorleben, sagt aber trotzdem, dass Gorleben der beste Standort war“? Ist da irgendwas sozusagen nicht sauber gelaufen? Oder aber: Bezieht man sich da auf Kriterien, die vorher in einem Vorläuferdokument sozusagen schon mal ausführlich erläutert worden sind? Können Sie sich daran erinnern, ob es da irgendwelche Änderungen noch mal gegeben hat?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich will das wie folgt begründen: Nach meiner Erfahrung und nach meiner Erinnerung sind alle vier in der Endauswahl gebliebenen Salzstöcke nach den gleichen Kriterien beurteilt worden. Die Kriterien, die habe ich mir nun heute aus meinem Gedächtnis im Zug noch mal notiert. Die Kriterien waren einmal die Qualität des Salzstockes, des Salzes also, zum anderen die Teufenlage, was das auch immer sein mag, dann die Oberflächenbeschaffenheit oberhalb des Salzstocks, und dann gab es noch ein viertes Kriterium, das mir jetzt nicht einfällt. Also, ich will damit sagen, dass es keine unterschiedlichen Kriterien gegeben hat - zu

meiner Zeit, als ich am Ruder war - bei der Beurteilung dieser vier in der Endauswahl gebliebenen Salzstöcke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Vielen Dank. - Ich will da noch mal insistieren, weil das tatsächlich eine wichtige Frage ist, ob man dann Gorleben irgendwann aus dem Hut gezaubert hat oder ob das letztendlich eine organische Entwicklung war, ob Gorleben ohnehin mit in Betracht gezogen worden ist und man aufgrund objektiver Kriterien den Standort Gorleben genauso wie andere Standorte letztendlich in Betracht gezogen hat. Greenpeace sagt uns in dem Greenpeace-Dossier *Die Akte Gorleben* - das ist MAT B 21, Paginierung 16 -, der Standort Gorleben sei erst im November 1976 aufgetaucht.

Sie haben in einem Schreiben an Staatssekretär Dr. Röhler vom 9. März 1977 aber geschrieben:

Nachdem sich Mitte 1975 nach intensiven Recherchen herausgestellt hatte, daß bei den bekannten Standorten mit Restrestriktionen (Wasservorkommen, Naturschutz und anderes) zu rechnen war, wurden im NW

- also niedersächsischen Wirtschaftsministerium -

intern weitere Möglichkeiten geprüft. Dabei stellte sich heraus, daß die Zahl der möglichen Standorte größer war, als ursprünglich von der KEWA angenommen. Die KEWA wurde auf diese Möglichkeiten (rund 25) aufmerksam gemacht. Unter den genannten Standorten befand sich auch Gorleben.

Also, ist der Vorwurf richtig sozusagen, dass Gorleben erst irgendwann 76 aufgetaucht ist, so wie Greenpeace das sagt, oder aber können Sie aus Ihrer Erinnerung sagen, dass das, was Sie aufgeschrieben haben an Herrn Dr. Röhler, dass eben 75 tatsächlich Gorleben schon mit in Betracht gezogen ist, der Sachverhalt war, so wie sich das Ganze abgespielt hat?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

- Es wird Ihnen gerade der Brief überbracht. - Okay.

Zeuge Klaus Stuhr: In den unverbindlichen Vorgesprächen, die ich mit dem BMFT geführt habe, mit Herrn Dr. Hagen, ist vordergründig - nicht: „vordergründig“ -, am zeit nächsten Wahn diskutiert worden, ein Standort, der dann im Einvernehmen mit allen - mit gewisser Zurückhaltung beurteilt, wie es beim Truppenübungsplatz ist. Es ist Lichtenhorst diskutiert worden: mehr nein - guter Standort, aber mehr nein wegen der Grundwässer. So. Und im Verlaufe dieser Diskussion - das ist ja nicht ein einmaliger Akt, wo das beschlossen oder nicht beschlossen wird in dieser Diskussion -, als durchsickerte auf Bundesseite, wo Probleme bei den drei eben genannten vorliegen könnten, hat jemand - ich glaube vom Oberbergamt, nein vom Bergamt - gesagt: „Ja, aber da habt ihr auch noch Gorleben. Sollte man den nicht ins Visier nehmen?“ Mir war aber Gorleben bis zu dem Zeitpunkt, obwohl Niedersachsen, nicht bekannt. Und auf diese Weise rutschte Gorleben in die engere Auswahl dieser vier Standorte hinein. Ein, wie ich finde, ganz normaler Vorgang, in der Diskussion auch von zwei beteiligten Ressorts.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich will dann weiter fragen bezüglich Untersuchungen des TÜV, die dann das niedersächsische Sozialministerium, das ja damals für das atomrechtliche Verfahren zuständig war, am 21. Juni 1976 in Auftrag gegeben hat, und dabei wurde nun Gorleben nicht untersucht. Der Standort Gorleben taucht in dem Bericht des TÜV nicht auf. Allerdings findet sich in einem Schreiben von Herrn Dr. zur Horst aus dem niedersächsischen Sozialministerium auf einer zweiten Version der Ergebnistabelle ein handschriftlicher Nachtrag bezüglich Gorleben und von Mariagluck. In dieser Tabelle insgesamt wird Gorleben als der geeignetste Standort nach Nieby in Schleswig-Holstein ausgewiesen. Für das Protokoll: Das ist MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 134 und 187.

Jetzt ist die Frage, da im Bericht des TÜV nun keine Ausführungen zu dem Standort Gorleben enthalten sind: Hat der TÜV den Standort Gorleben auch untersucht? Und wie kam Gorleben denn dann - - Also: Wie ist Gorleben untersucht worden, bzw. wie kam Gorleben auf die Liste der untersuchten Standorte? Und auch in diesem Zusammenhang wieder die Frage: Hat der Bund in diesem Zusammenhang irgendwelchen Einfluss ausgeübt?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich weiß nicht mehr genau, wer es war, der Gorleben ins Gespräch gebracht hat. Sie sagen, es war der TÜV. Das mag richtig sein. Also, damit, mit dieser - das ist jetzt nur eine Schlussfolgerung von mir; das weiß ich nicht - Äußerung, mit dieser Bewertung vom TÜV war Gorleben, dieser Standort - ich sage nicht: plötzlich -, da, und er ist dann mit untersucht worden, weil es in der Tat Stimmen auch der Fachleute der Bergämter gab, die sagten: Dieser Standort könnte geeignet sein. Nehmt ihn mit auf in die Auswahl, die zu diskutieren und zu entscheiden sein wird.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Frage ist eben eigentlich tatsächlich: Wenn der TÜV Gorleben nicht untersucht hat im Juni 1976, wie kam Gorleben dann aber in einem zweiten Schritt sozusagen mit auf diese Liste? Das ist die Frage. Hat es da noch weitere Untersuchungen gegeben? Wie man jetzt also auf Gorleben gekommen ist, haben Sie uns gesagt. Das ist eigentlich die Frage, die wir im Moment aus den Akten nicht entnehmen können.

Zeuge Klaus Stuhr: Also, in dieser Thematik „Wo bleiben wir mit den Reststoffen aus der Kernenergie?“ sind derart viele Gespräche geführt worden, dass ich - - Ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten; ich weiß es nicht mehr. Ich würde etwas hervorzaubern aus meinem Gedächtnis, das möglicherweise nicht stimmt. Sehen Sie es mir nach. Ich kann es nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Sie können nur das sagen, was Sie wissen, -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja. So ist es, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - und nichts hervorzaubern. - Es geht dann auch immer wieder um dieses berühmte Ministergespräch vom 11. November 1976, als drei Bundesminister gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten, mit den Fraktionsvorsitzenden, mit dem Landtagspräsidenten, mit verschiedenen Landesministern gesprochen haben über die Benennung eines möglichen Standorts und wo da letztendlich Gorleben benannt worden ist, wie ich verstanden habe, -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - zur Überraschung auch durchaus der Bundesseite. Dazu hat der Zeuge Kurt-Dieter Grill hier im Untersuchungsausschuss gesagt in der 35. Sitzung, dass es einen angeblichen Zeitdruck vonseiten der Bundesregierung gegeben habe, weil man sich um eine Verzögerung des Entsorgungsnachweises sorgte, und über das Mittagsgespräch direkt hat er gesagt - ich zitiere -:

Ich hatte darauf hingewiesen, dass es fast einen Eklat, einen Rauschmiss gegeben hätte der drei Bundesminister, weil Ernst Albrecht darauf bestanden hat, dass die Prüfungen des Landes in der dafür notwendigen Zeit zu Ende geführt werden.

Und weiter:

Hintergrund ist diese Forderung, innerhalb von - ich lasse das jetzt mal stehen, ob das eine Woche oder 14 Tage sind ... dass man gesagt hat, wir fordern die sofortige Entscheidung der Landesregierung ...

Das ist das Protokoll der 35. Sitzung, Seite 10 und Seite 35.

Sie waren bei diesem Gespräch, jedenfalls in der letzten Viertelstunde, dabei. Haben Sie, auch aus Äußerungen derer, die über die ganze Zeit dabei waren, mit denen Sie sicherlich gesprochen haben, sich ausgetauscht haben werden - - Können Sie bestätigen, dass es da fast einen Eklat gegeben hat zwischen den Bundesministern und den Angehörigen der Landesregierung bzw. des Parlaments, des Niedersächsischen Landtags?

Zeuge Klaus Stuhr: Sie nannten Herrn Grill. Habe ich das richtig gehört?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grill hat das berichtet. Herr Grill hat hier im Ausschuss gesagt, es hätte fast einen Eklat gegeben, weil man vonseiten der Bundesregierung mächtig Druck gemacht habe, dass das Land nun endlich einen Standort benennen möge.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich glaube - - Ich weiß nicht, ob das Wort „Eklat“ gefallen ist und ob das wirklich ein Eklat war. Es gab eine Problematik, und die ging eigentlich

nicht so sehr vordergründig vom Bund oder vom Land Niedersachsen aus, sondern von der Industrie. Die Industrie, die das Problem gelöst haben wollte, fing langsam an - ich zitiere wieder aus meinem Gedächtnis -, Druck auszuüben auf jene beteiligten Ressorts, um möglichst rasch zu einer Entscheidung zu kommen. Ich weiß nicht, ob es klar ist, was ich sagen wollte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Doch, das habe ich schon verstanden. Das führt mich aber jetzt sofort zur zweiten Frage oder zu einer weiteren Frage: ob man denn sozusagen jetzt aus Gründen des Zeitdrucks die Sorgfalt der Entscheidungsfindung möglicherweise nicht in der Art und Weise vorangetrieben hat, wie das denn notwendig gewesen wäre. Ich kann dazu sagen, dass es ja im August 1976 durch das Land Niedersachsen einen Stopp gegeben hat des Bohrprogramms der KEWA an den Standorten Wahn, Lutterloh und Lichtenhorst.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das war nach unseren Unterlagen - ich zitiere -

durch Fühlungnahme von Herrn Ministerialrat Stuhr im Bundeswirtschaftsministerium auch bei der KEWA erfolgt.

Das ist, für unser Protokoll, MAT A 102, Band 25, Paginierung 188. Das ist ein Vermerk der Niedersächsischen Staatskanzlei vom 24. September 1976.

Da frage ich mich natürlich: Können Sie aus Ihrer Erinnerung noch mal sagen, warum das erfolgt ist? Hat das was zu tun mit dann größerer Großzügigkeit oder mangelnder Sorgfalt, wie immer man das jetzt bezeichnen will? Also, könnten Sie uns die Umstände freundlicherweise noch mal erläutern, die dazu geführt haben, diese Bohrungen zu stoppen?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe das Wort „Zeitdruck“ selber hier gesagt. Ich finde, Zeitdruck ist nicht identisch unbedingt mit Verlust an Qualität, und so war es hier auch. Natürlich hat es einen Zeitdruck gegeben, und natürlich ist auch von diesem Zeitdruck die Rede gewesen. Aber nach meiner Erinnerung hat niemand den Zeitdruck zum Anlass genommen, so schnell zu arbeiten, dass die Objektivität verloren ging und Pfusch dabei

herauskam. Dieses kann ich nicht bestätigen. Schnell arbeiten muss ja nicht gleich heißen, schlecht zu arbeiten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist ohne Zweifel richtig. Wir versuchen hier auch manchmal, schnell zu arbeiten und das trotzdem exakt und gut zu machen, hoffen, dass das immer gut geht.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich will dennoch noch mal fragen. Also, es hat ja einen Grund gegeben, dass es diese Probebohrungen gab. Man hat sich davon sicherlich neue Erkenntnisse erhofft. Diese neuen Erkenntnisse sind dann aber zu einem gewissen Zeitpunkt offensichtlich nicht mehr für erforderlich gehalten worden. Könnten Sie dazu noch mal was sagen, warum das denn jetzt der Fall sei? Also, auf der einen Seite war es sicherlich Zeitdruck. Auf der anderen Seite: Waren die denn jetzt also inhaltlich tatsächlich nicht mehr erforderlich, oder hat man einfach gedacht: Na ja?

Zeuge Klaus Stuhr: Was meinen Sie mit „Na ja“?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na ja, wir haben eben keine Zeit, auf diese Erkenntnisse zu warten, und müssen entscheiden, ohne dass wir diese Erkenntnisse haben.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich erinnere nicht an eine Entscheidung, die aus Zeitdruck beschleunigt - und deshalb einen negativen Verlauf genommen hätte. Tut mir leid, ich sehe das nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, ich habe Sie richtig verstanden, dass Ihrer Meinung nach eine fundierte Entscheidung möglich war ohne diese Probebohrungen?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, das will ich natürlich nicht sagen. Ich versuche, das jetzt, sagen wir mal, etwas in meiner Erinnerung auf den wahren Kern zurückzuführen. Natürlich kann Zeitdruck nicht bewirken, auf wesentliche Entscheidungsgrundlagen zu verzichten. Das ist selbstverständlich für mich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Also, ich glaube bestimmt, dass das in den Runden möglicherweise noch mal eine Rolle spielen wird, diese Frage.

Ich will auch ansprechen die Frage, wie denn Gorleben von der Bundesregierung beurteilt worden ist. Die Benennung Gorleben ist von der Bundesregierung auf der einen Seite möglicherweise mit Erleichterung aufgenommen worden, auf der anderen Seite aber auch nur mit zurückhaltender Begeisterung, weil die Nähe zur innerdeutschen Grenze natürlich eine Rolle bei den Überlegungen gespielt hat. Deshalb hielt die Bundesregierung Gorleben, jedenfalls in einem internen Vermerk, hier vorliegend, von Herrn Dr. Konow - das ist der Abteilungsleiter 3 - für die zehnte Bundeskabinettsitzung am 23. Februar 1977 auch weiterhin für ungeeignet. Ich zitiere wieder:

Obwohl der Sprecher der BReg ... erklärt hat, daß die BReg die Eignung des Standortes Gorleben erneut prüfen wird, besteht kein Anlaß von der bisherigen gemeinsamen Haltung ... abzugehen, daß Gorleben nicht geeignet ist. Die Stellungnahme des Regierungssprechers verfolgt lediglich den taktischen Zweck, den Konflikt zwischen der BReg und der Niedersächsischen LReg nicht offen zu Tage treten zu lassen.

Das ist MAT A 138, Band 2, Paginierung 000001.

Dennoch erteilte die Bundesregierung der PTB Anfang Juli 1977 den Auftrag, das Planfeststellungsverfahren für Gorleben einzuleiten. Das ist MAT A 102, Band 27, Paginierung 039, ein Schreiben von Bundeskanzler Schmidt an Ministerpräsident Albrecht.

Wie kann ich das sozusagen verstehen, also einmal den internen Vermerk, der sagt, die Stellungnahme des Regierungssprechers, sich für Gorleben zu entscheiden, erfülle lediglich einen taktischen Zweck, aber eigentlich sei man weiterhin der gemeinsamen Haltung, dass Gorleben nicht geeignet sei, und auf der anderen Seite erteilt dann die Bundesregierung der PTB den Auftrag, das Planfeststellungsverfahren einzuleiten? Wie beurteilen Sie das aus Ihrer Erinnerung, oder was können Sie beitragen zur Klärung dieses Sachverhalts?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe immer verstanden und das auch in Erinnerung, dass die Bedenken der Bundesregierung im Zusammenhang mit Gorleben zwei Gründe hatten: erstens den politischen Grund, die Nähe zur DDR, und zum anderen das Vorhandensein eines auf der anderen Seite der Grenze liegenden Salzstocks, der auch genutzt wurde, nämlich Morsleben. Diese beiden Gründe sind mir in Erinnerung als Gründe für das zögerliche Verhalten des Bundes. Wichtig ist für mich gewesen, dass der Bund dann letztlich eben doch auf seine - so weit mir bekannten - Vorbehalte verzichtet hat und sich stark gemacht hat für Gorleben. So stellte sich mir vor 20 oder 25 Jahren die Situation dar und auch heute noch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Habe ich richtig verstanden, dass die Vorbehalte des Bundes also politische Vorbehalte waren? Oder gab es Vorbehalte des Bundes, die sich aus fachlichen Gründen sozusagen, also aus Gründen, die Sie eben auch im Rahmen der Kriterien, die Sie uns erläutert haben, dargestellt haben?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich kann nur das sagen, was mir in Erinnerung ist - das mag falsch sein -, und wiederhole: Der Bund hat immer erklärt - mehr oder weniger laut -: Wir möchten Gorleben nicht haben wegen der Nähe zur DDR. Zweitens. Wir haben Bedenken gegenüber Gorleben aus Gründen des - wie nennt man das? - Vorhandenseins ebenjenes Salzstocks auf der anderen Seite. - Mir sind andere Gründe nicht bekannt, und deshalb kann ich auch keine Antwort darauf geben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bei der soeben genannten Auftragserteilung der Bundesregierung an die PTB von Anfang Juli 1977 wurde auch der Auftrag erteilt, alternative Standorte zu prüfen.

Zeuge Klaus Stuhr: Welche?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die alternativen Standorte Wahn und Lichtenhorst.

Zeuge Klaus Stuhr: Ach so, ja. Ich habe es akustisch eben nicht verstanden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist MAT A 153, Band 5, Paginierung 000019. Das ist ein Vermerk von Herrn Dr. Schmitz-Wenzel vom 4. Juli 1977 zur Sitzung des Kabinettsausschusses für die friedliche Nutzung der Kernenergie vom 5. Juli 1977. Letztendlich ist die Erkundung dieser angedachten alternativen Standorte Wahn und Lichtenhorst dann aber nicht weiterverfolgt worden; also, da ist ja nicht alternativ erkundet worden. Können Sie sagen, warum das sozusagen der Fall war, warum die Bundesregierung dann auch letztendlich diese Absicht nicht weiterverfolgt hat? Letztendlich steht natürlich immer im Hintergrund die Frage: War das dann also doch eine Vorfestlegung möglicherweise auf Gorleben?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich weiß das nicht. Mein Verständnis war, dass - - Solche Themen werden ja nicht immer gleich auf höchster Ebene diskutiert, sondern manches läuft eben auch auf meiner Ebene. Meine Erinnerung war, dass der Bund anfang, die Qualität von Gorleben im Vergleich oder im Verhältnis zu Wahn und Lichtenhorst stärker zu sehen. Also, auf der Ebene, mit der ich verhandelt habe, gesprochen habe, schien sich mir herauszuschälen, dass der Bund eben doch auch Gorleben mit in die engere Prüfung einbeziehen wollte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das habe ich verstanden. Also, es ist ja nicht die Frage, warum man nicht Lichtenhorst und Wahn statt Gorleben, sondern warum eben nicht Gorleben und Lichtenhorst und Wahn - - Also, wie gesagt: In dem Auftrag des Bundes an die PTB ist eben nachzulesen, dass auch alternative Standorte zu prüfen sein sollten. Aber das ist dann nicht erfolgt. Uns interessiert eben jetzt, warum nicht.

Zeuge Klaus Stuhr: Das weiß ich nicht mehr, sorry.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann frage ich Sie jetzt noch mal zu einem anderen Zusammenhang; vermutlich wird auch der Ausschuss gleich noch mal diese Fragestellung aufnehmen. In einem Zeitzeugengespräch mit Herrn Dr. Tiggemann haben Sie geäußert, dass Kommunalpolitiker aus Lüchow-Dannenberg Ihnen wegen der mit dem nuklearen Entsorgungszentrum verbundenen Chance - ich zitiere - „unablässig

im Genick“ gesessen hätten. Ich zitiere noch mal:

Es war eigentlich ein strukturpolitisches Projekt. Als Solches ist es auf die Schreibtische im MW gekommen.

Und:

Lüchow-Dannenberg war die ärmste Region von Niedersachsen; da war die Welt zuende. Die Idee war: Das ist die Chance.

Das ist in Anselm Tiggemann, „Gorleben als Entsorgungs- und Endlagerstandort“, vom 28. Mai 2010. Inwiefern haben diese Gründe, diese strukturpolitischen Gründe, letztendlich tatsächlich dazu geführt, Gorleben als möglichen Standort ins Auge zu fassen?

Zeuge Klaus Stuhr: Sie haben Herrn Grill vorhin zitiert, der ja aus der Region kommt und verständlicherweise ein starkes Interesse gehabt hat - und vielleicht auch haben musste als Politiker - an dem Aufbau, an der Verbesserung der problematischen Struktur vom Landkreis Lüchow-Dannenberg. Er hat also - wie ich finde: zu Recht - Gorleben auch gesehen unter dem Aspekt: Was bringt dieses Werk, diese Investition strukturpolitisch für Lüchow-Dannenberg? Es ist Ihnen ja sicherlich klar, was an Investitionen und an Arbeitsplätzen damit zusammengehangen hätte, wenn das damals diskutierte Großprojekt realisiert worden wäre. Und dass ein Politiker ein Interesse daran hat und die Dinge auch betrachtet unter der Perspektive der Strukturpolitik, ist für meine Begriffe verständlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dass strukturpolitische Gründe eine Rolle gespielt haben, habe ich wohl begriffen. Die Frage ist nur, in welcher Wichtung sozusagen sie eine Rolle gespielt haben.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe gesagt, das ist *auch* ein Argument gewesen. Ich habe aber nicht gesagt, das sei das alleinige und wichtigste Argument gewesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann zum vorläufigen Abschluss meiner Fragen die Frage: Die Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH, nämlich die PWK, ist 1975 ja von den Energieversorgungsunter-

nehmen gegründet worden. Die Anteile der Unternehmen entsprechen ihrem Betrieb von Kernkraftwerken - die RWE war damals mit 30 Prozent der größte Anteilseigner -, und der Gesellschaftszweck war insbesondere das Projektmanagement für die Wiederaufarbeitungsanlage. Sie schreiben in einem Schreiben vom 15. Februar 1977:

In den Muttergesellschaften der PWK sitzen folgende Vertreter der Landesregierung: RWE: Staatssekretär Dr. Röhler, Mitglied des Beirates; NWK: Staatssekretär Dr. Röhler, Mitglied des Aufsichtsrates; PREAG: Minister Kiep, Mitglied des Aufsichtsrates.

Das ist MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 113.

Meine Frage geht jetzt dahin: Inwieweit gab es denn Einfluss der Atomwirtschaft auf die Entscheidung der niedersächsischen Regierung zu Standortfragen? Sie hatten eben in Ihren Ausführungen bereits gesagt: Ja, die Industrie hat gedrängt, dass es nun endlich die Möglichkeit geben sollte oder dass man mal anfangen sollte, zu suchen, wie denn ein solcher Entsorgungsnachweis tatsächlich zu führen sei. - Inwiefern hat es da sozusagen also den Versuch der Einflussnahme gegeben, sich diesen Zwängen möglicherweise anzunähern, zu beugen, wie auch immer?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe diesem von Ihnen eben genannten Gremium nicht angehört und kann Ihnen also dann auch nicht sagen, wer auf wen welchen Druck ausgeübt hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber Sie haben zumindest in der unmittelbaren Umgebung des Herrn -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, natürlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - Staatssekretär Dr. Röhler gearbeitet, und möglicherweise ist Ihnen daraus irgendwas erinnerlich.

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich will das wiederholen: Dieses Projekt ist ja immer ein umfangreiches Projekt gewesen, aus vielerlei unterschiedlichen Betrachtungen heraus gewachsen. Dass auch die Strukturpolitik

eine Rolle dabei mit gespielt hat, ist für mich verständlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nur, die Frage ist ja für uns - - Das kennen wir ja: Im Umgang mit Politik werden natürlich auch immer eigene Interessen von Unternehmen zur Geltung gebracht. Wir hatten eben gerade im Rahmen der Energiedebatte im Plenum eine Debatte auch über diese Fragen, wer denn da eigentlich welchen Einfluss geltend macht. Also, von daher ist das ja von vornherein nicht Unbekanntes.

Zeuge Klaus Stuhr: Richtig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nur, die Frage ist eben, in welchem Umfang so was stattgefunden hat, und die Frage ist, inwiefern sich die Vertreter der Landesregierung von diesen Interessenvertretern in ihrer Entscheidungsfindung haben beeinflussen lassen.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich war ein kleines Gewicht innerhalb dieser Landesregierung. Was Ministerpräsidenten und Minister mit dem Vorstand der DWK besprochen haben, kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann jetzt noch zu einer allerletzten Frage. Das ist die Frage zur Information der Öffentlichkeit. Da haben Sie in einem Vermerk vom 10. Dezember 1976 die Bitte des Bundeskanzleramtes aufgeschrieben, dass in dem Fall - und ich zitiere jetzt -

daß bei den Beratungen der niedersächsischen Landesregierung am 14.12. der Standort Gorleben in den Vordergrund treten oder gar als einziger übrigbleiben sollte, dies unter gar keinen Umständen der Presse mitzuteilen oder sonstwie verlauten zu lassen. Es sei nämlich erforderlich, daß sich bei einer solchen Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung zunächst das Bundeskabinett unverzüglich mit dem Standort Gorleben befaßt.

Zitat Ende. Das ist in MAT A 102, Band 8, Teil 1, Paginierung 92. Das ist Ihr Vermerk vom 1. Dezember 1976 über die Mitteilung von Herrn Dr. Büchler im BMI.

Dennoch aber trat Ministerpräsident Albrecht unmittelbar nach der Entscheidung Niedersachsens am 23. Februar 1977 vor die

Presse, um die Vorentscheidung für Gorleben der Öffentlichkeit mitzuteilen. Das ist nachzulesen unter MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 129, in einem Vermerk über die Pressekonferenz von Ministerpräsident Albrecht vom 22. Februar 1977.

Meine Frage ist jetzt: Wie war zum einen die Bitte des Bundeskanzleramtes zu verstehen, eine möglichst restriktive Informationspolitik zu betreiben? Also, war das jetzt in diesem Zusammenhang etwas Besonderes, oder hat man das damals halt so gemacht? Und wie ist dann zu verstehen das andere oder genau entgegengesetzte Verhalten von Ministerpräsident Albrecht, der sich über diese Bitte der Bundesregierung ja schlankweg hinweggesetzt hat und sofort die Öffentlichkeit informiert hat?

Zeuge Klaus Stuhr: Die Frage ist eigentlich zu hoch für mich. Ich kann Ihnen nicht beantworten, welche Erwägungen mein oberster Chef, Herr Albrecht, hatte, eben dieses zu tun, und welche Erwägungen im Bundeskanzleramt eine Rolle gespielt haben. Tut mir leid, die kann ich nicht beantworten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, Herr Stuhr. Dann bedanke ich mich sehr herzlich für diese erste Runde. Ich gebe das Fragerecht jetzt an die Fraktionen und zunächst an die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich möchte mich bei Ihnen auch bedanken, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Das geht uns natürlich auch so: Dass wir hier mit Sachverhalten aus den Jahren 76/77 hantieren, dass das so lange zurückliegt, ist natürlich für einen Untersuchungsausschuss ungewöhnlich. Wir sind Ihnen umso dankbarer, dass Sie bei uns sind, und mit Rücksicht auch auf Ihre Stimme - das können wir ja hören - wollen wir das auch nicht zu ausführlich gestalten. Deswegen möchte ich mich auch auf die Frage, weil das ja einer der Kernpunkte ist, noch mal konzentrieren: „Wie ist es zu Gorleben gekommen?“, um vielleicht mit Ihnen gemeinsam dort doch auch ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen.

Ich würde gerne noch mal auf den Ihnen auch ausgehändigten Vermerk an den Staatssekretär Röhler vom 9. März 1977 zurückkommen, wo Sie ja praktisch die Geschichte der Standortauswahl ihm noch einmal aufgelistet haben, weil der für mich

springende Punkt derjenige ist, der in Ziffer 3 sich findet. Das ist MAT A 102, Band 8 und dann die Seiten 186 ff. Die Frau Vorsitzende hatte die Ziffer 2 zitiert; ich finde die Ziffer 3 eigentlich auch ganz spannend. Dort steht drin:

In der 2. Hälfte 1976 wurden von der KEWA ergänzende Standortuntersuchungen angestellt. In diese Untersuchungen wurden neben den drei bis dahin bekannten Standorten acht zusätzliche Standorte einbezogen. Aufgrund der von der KEWA zugrunde gelegten Bewertungskriterien stellte sich heraus, daß von den 11 untersuchten Standorten auch bei Anlegung unterschiedlicher Gewichtungen Gorleben der Standort mit den günstigsten Eigenschaften war.

Das heißt ja, dass Gorleben nicht aus dem Hut gezaubert worden sein kann, sondern dass zu einem bestimmten Zeitpunkt die KEWA gebeten worden ist: Untersucht auch diesen Standort zusätzlich.

Jetzt ist meine Frage: Es findet sich an verschiedenen Stellen in den Akten der Hinweis, dass bei dieser abgestuften Standort-suche, die mit 140 möglichen Standorten begann und dann in verschiedenen Phasen abgeschichtet wurde - ich sage es mal mit meinen Worten: die einen sagen „Nähe zur DDR“, die anderen sagen „Tourismusgebiet“ -, einzelne Gebiete von vornherein ausgeschlossen worden sind. Können Sie sich daran erinnern, dass deshalb Gorleben erst später - -

(Tonprobleme)

- Jetzt weiß ich nicht, wo der Hall herkommt. Ich meine, dass meinen Worten noch ein gewisser Hall beigelegt wird, ist - -

(Tonprobleme)

Also, dass sozusagen deshalb zu einem späteren Zeitpunkt Gorleben dann mit untersucht worden ist, weil zu irgendeinem Zeitpunkt dieser abgeschichteten Untersuchung dann gesagt worden ist: „Jetzt gucken wir auch in Gebiete, die eigentlich eher touristisch geprägt sind bzw. in der Nähe der DDR sind“, können Sie sich an so eine Überlegung erinnern?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich kann die Frage für mich persönlich beantworten; aber ich kann sie nicht beantworten in Beantwortung

der Vorstellungen und Erwägungen meines Chefs. Ich weiß es nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will noch mal - - Vielleicht habe ich es auch zu kompliziert gemacht.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe es schon verstanden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben zwei Hinweise gegeben.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben einmal gesagt, es kann vom Bergamt gekommen sein, Gorleben. Dann haben Sie auch gesagt auf Vorhalt der Vorsitzenden, es kann auch der TÜV gewesen sein. Der TÜV kann es eigentlich nicht gewesen sein, weil in einer Vorlage - das ist MAT A 102, Band 8, Seiten 132 ff. - von Herrn zur Horst, bezogen auf diese TÜV-Studie, drin steht, dass gerade in der Stellungnahme keine Aussagen zur Endlagereignung - -

(Tonprobleme - Zuruf: Nehmen Sie doch das andere Mikrofon!)

- Ja, machen wir es so. Das kann aber auch mit dem Headset zusammenhängen. Ich glaube, das Problem ist - wenn ich das als ehemaliger Fernsehjournalist sagen darf -, dass die Entfernung zum Headset eine Rolle spielt und nicht, welches Mikrofon ich nehme. Aber gut, okay.

(Ute Vogt (SPD): Aber es ist jetzt besser!)

- Ich glaube, es wird auch schlimmer, wenn ich laut spreche. Das ist ja für Sie auch eine interessante Entwicklung. Wir werden alle besänftigt durch die Entwicklungen der letzten Tage und Wochen.

(Zuruf)

- Ach, so viel Asche gibt es ja gar nicht, wie man hier aufs Haupt haut.

Herr zur Horst hat an die Staatskanzlei geschrieben, dass in der Stellungnahme des TÜV gerade keine Aussagen zur Endlagereignung der vorhandenen Salzstöcke getroffen worden sind. Insofern kann der TÜV es nicht gewesen sein, sondern der wird geprüft haben unter dem Gesichtspunkt „nukleares Entsorgungszentrum“, aber nicht, was die Endlagereignung angeht. Also noch

mal: Wissen Sie aus der Erinnerung, dass zunächst bei der Standortauswahl Gebiete ausgenommen worden sind, die touristische Funktionen erfüllt haben? Ist Ihnen das erinnerlich?

Zeuge Klaus Stuhr: Das Wort „Tourismus“ - wo wird Tourismus aktiviert, findet Tourismus statt? - hat natürlich in all den vielen Gesprächen zu unterschiedlichen Regionen und zu unterschiedlichen konkreten Standorten eine Rolle gespielt. Das ist selbstverständlich. Das ist eine der wichtigen politischen Erwägungen des Landes Niedersachsen.

Wenn ich mich - aber das ist jetzt, wenn ich bitte, wieder aus der Erinnerung; das kann völlig falsch sein - richtig erinnere, hatte der Bund - - oder war es der Bund, der zunächst mal restriktive Überlegungen hatte im Bereich Gorleben, und nachdem sich bei anderen Standorten - hoffentlich ist das richtig, was ich jetzt sage - hier und da nicht etwa unüberwindbare, aber doch gewisse Schwierigkeiten auftaten, hat irgendjemand - ich glaube auch zu wissen, wer - gesagt: Nun lasst uns doch mal Gorleben ins Auge fassen. - Ich glaube, das ist ein ganz normaler, sachlicher, vernünftiger Vorgang.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das glaube ich auch. Man kriegt ja aus den Akten so ein Gefühl für die Entscheidungslage und versucht - - Es steht - wenn man es wirklich sagt; jedenfalls haben wir es noch nicht gefunden - nicht expressis verbis drin, aber klar ist: Bei den drei ursprünglich in Aussicht genommenen Standorten gab es Probleme. Die haben Sie beschrieben.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es gab aber auch politischen Widerstand.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Deswegen sind ja auch die Bohrungen da erst mal eingestellt worden.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): So. Und dann - - Und jetzt fangen wir eben an. Man glaubt als Abgeordneter, weil man ja nicht

dabei war, und Sie könnten es wissen - - Und ich glaube, es war so, dass man gesagt hat: Wenn jetzt diese drei Standorte nicht gehen, dann lasst uns von diesem Grundsatz - nicht gucken, wo Tourismus ist - mal abgeben, und lasst uns mal gucken, ob wir einen guten Salzstock da haben könnten, wo wir zunächst nicht geguckt haben, weil es ein Tourismusgebiet ist.

Zeuge Klaus Stuhr: So simpel ist das gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): So, würden Sie auch aus der Erinnerung sagen, ist es gewesen?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

(Zurufe von der SPD, vom
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
von der LINKEN)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber immerhin. - Und das wird das Bergamt gewesen sein, weil die einen Überblick über die gesamten geologischen Verhältnisse in Niedersachsen hatten, wo man eben noch mal nachgucken kann.

Ich habe dann noch ein zweites Thema oder, andersherum, eine Frage noch dazu, weil auch die Vorsitzende zu Recht gefragt hat: Herr Kiep war im Asse-Untersuchungsausschuss im Niedersächsischen Landtag.

Zeuge Klaus Stuhr: Herr Kiep?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Kiep, ja. Vor anderthalb Jahren.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und da hat er einen für meine Begriffe etwas - - Also, er hat dort gesagt - - Er hat so seinen Notizblock herausgenommen aus der damaligen Zeit - das sammelt er offenbar - und hat also gesagt, Gorleben, das hätte er sich ausgedacht im Gespräch mit einem Wirtschaftsvertreter. Was sagen Sie dazu?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich kann da nur mit Nichtwissen reagieren. Weiß ich nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hätten Sie damals aber mitbekommen müssen, wenn es so gewesen wäre?

(Sebastian Edathy (SPD): Hätten Sie mitbekommen müssen, wenn es so gewesen wäre?)

- Er hätte ja mit ihm darüber reden können, zum Beispiel. Das ist ja nicht unwahrscheinlich.

Zeuge Klaus Stuhr: Herr Kiep hat ja ein Buch geschrieben. Vielleicht steht es da drin.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, das steht nicht drin.

Zeuge Klaus Stuhr: Also, Sie merken, ich weiß es wirklich nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay. - Ihr Staatssekretär Röhler hat am 24. Februar 1977 - das ist MAT A 138, Band 15, die Seiten 19 ff. - einen Brief an den Staatssekretär Hartkopf im Bonner Innenministerium geschrieben.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dort schreibt er zur Frage der Standortalternativen, dass das Landesministerium eine Entscheidung zugunsten des Standortes Gorleben getroffen hat und keinen Ausweichstandort beschlossen hat, also dass man gesagt hat: Wir gucken jetzt bei einem, erkunden den, und nur bei einem. - Das ist auch das, was hier mehrfach bei Herrn Albrecht als Zitat im Untersuchungsausschuss eingeführt worden ist.

Aber dann kommt es - und ich will das gerne zitieren -:

Sollte sich im Verlauf des weiteren Verfahrens wider Erwarten herausstellen, daß eine Realisierung des Vorhabens am Standort Gorleben nicht möglich sein sollte, müßte die niedersächsische Landesregierung erneute Standortüberlegungen anstellen.

Heißt das, dass, wenn wir ab und an jetzt die Zitate hier auch finden, auch Schriftverkehr und Vermerke der damaligen Bundesregierung, dass Albrecht gesagt hat: „Gorleben und sonst nichts“, dass das sich bezogen hat auf die zeitgleiche Standortuntersuchung, dass aber selbstverständlich damals die Landesregierung nicht ausgeschlossen hat, wenn Gorleben sich als ungeeignet herausstellen sollte, auch an anderen Stand-

orten in Niedersachsen dann alternative Erkundungen anzustellen?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich finde, Sie überfordern mich, wenn Sie von mir die Interpretation von Briefen meiner Vorgesetzten, die ich nicht entworfen habe, verlangen. Ich bin da überfordert. Das dürfen Sie nicht machen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay. Das ist völlig in Ordnung. Versuch macht klug. Vielleicht hätten Sie das erinnert. Wir fragen, glaube ich, Herrn Röhler aber auch selber noch. Der kommt noch zu uns. Insofern bedanke ich mich erst einmal.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen aus der Union?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja. Ich war jetzt überrascht, dass der Kollege Grindel schon fertig ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Pols, bitte schön.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Hier bin ich, Herr Stuhr.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Manchmal ist es ein bisschen schwierig, herauszufinden, wer wo sitzt.

Zeuge Klaus Stuhr: Das ist so, ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Das haben wir bei anderen Zeugen auch schon gehabt. Das ist in dem Raum leider so.

Ich möchte mal zu einem ganz anderen Thema kommen, weil das ja hier vielfach auch schon angesprochen wurde, was auch so ein bisschen als K.-o.-Kriterium für Gorleben hätte gelten können, und zwar das Thema Gas.

Zeuge Klaus Stuhr: Gas?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gas, ja.

Zeuge Klaus Stuhr: Erdgaslagerung in - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Genau. Erdgaslagerung im Salzstock Gorleben. - In der Kabinettsvorlage vom 04.02.1977 - das ist MAT A 102, Band 8, Blatt 2 bis 23, hier insbesondere Blatt 4 und 5 - wird auch das Thema „Mögliche Gasvorkommen im Bereich des Salzstocks Gorleben“ dargestellt. Insbesondere, wie gesagt, von den Kollegen der Linken wird hier im Ausschuss immer versucht, dieses Thema als K.-o.-Kriterium darzustellen. Können Sie uns etwas über dieses Gasvorkommen oder diese möglichen Gasvorkommen im Bereich des Salzstockes Gorleben berichten?

Zeuge Klaus Stuhr: Klare Antwort: Nein.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gut. Dann wissen Sie auch nicht, ob der Arbeitskreis „Entsorgungszentrum“ da etwas von wusste.

Zeuge Klaus Stuhr: Tut mir leid. Nein.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Das wissen Sie auch nicht.

Zeuge Klaus Stuhr: Das war ja schon auch 77.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja. Wissen Sie denn - - Ist Ihnen denn bekannt, dass auf der anderen Seite der Elbe, auf nordöstlicher Seite, auf DDR-Gebiet, es in den 60er-Jahren Bohrungen gab, um zu erkunden oder zu erforschen, ob dort Gasvorkommen, die ausbeutungswürdig sind oder wären - - dass dort Probebohrungen gemacht wurden?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, dass die DDR dieses Gebiet jenseits der Elbe, von uns aus gesehen, auch unter der Perspektive der Gewinnung von Erdgas im Auge hatte, das war mir bekannt. Ob da nun wirklich schon konkret gebohrt worden ist, das weiß ich nicht. Das war aber Ihre Frage. Oder habe ich Sie missverstanden?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Klaus Stuhr: Das war doch Ihre Frage. Oder habe ich Sie missverstanden?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja. Können Sie denn zu diesem Thema Gas und Gorleben-Salzstock überhaupt etwas sagen? Ist Ihnen dort irgendwas von bekannt?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein. Tut mir leid.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gar nichts. - Ja, Dietrich, dann bist du dran?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde vielleicht gerne noch mal eine Frage stellen nach den Kriterien, die damals dieser Standortauswahl zugrunde lagen. Können Sie das erinnern? Nach welchen Kriterien ist man damals bei der Standortauswahl vorgegangen, insbesondere im Verhältnis zu den Kriterien, die natürlich eine Rolle gespielt haben, weil es ja nicht nur um ein Endlager ging, sondern ein nukleares Entsorgungszentrum? Und im Rahmen dessen, dass da natürlich auch andere Überlegungen, wie Infrastrukturfragen usw., eine Rolle spielen, welche Kriterien haben damals - auch vielleicht in welcher Gewichtung - eine Rolle gespielt bezogen auf das Thema Endlager? Also welche geologischen, vor allen Dingen, Überlegungen haben eine Rolle gespielt, und wie, würden Sie sagen, waren die auch gewichtet? Welche Bedeutung hatten die?

Zeuge Klaus Stuhr: Das ist für mich eine sehr schwierige Frage. Ich weiß natürlich grob, worauf es - - wenn man eine Region untersucht auf Eignung oder Nichteignung, was da geologisch eine Rolle spielt. Aber ich wage es nicht, da jetzt eine klare Angabe zu machen. Tut mir leid.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Anders gefragt: Haben Sie denn seitens der - - weil Sie auch gesagt haben: Ich war vonseiten des Ministeriums, insofern exekutiv, politisch verantwortlich, aber bin ja nicht selber jetzt da hundertprozentiger Fachmann. Hat es denn irgendwelche Vorgaben, meinerwegen an die KEWA oder an die sozusagen dort fachlich - - nicht fachlich zuständigen, sondern fachlich auch kenntnisreichen Leute gegeben, die das ausgewählt haben, oder hat man denen das unter geologischen Gesichtspunkten überlassen aufgrund ihrer Fachlichkeit? Haben die die Kriterien sich selber überlegt, oder hatten die Vorgaben von Ihnen?

Zeuge Klaus Stuhr: Wir - - oder ich habe natürlich gewusst, welche Funktionen, nein, welche Eigenschaften eine Region oberhalb und unterhalb der Erdoberfläche haben muss oder sollte, wenn sie denn geeignet sein

sollte für ein solches Projekt. Drei oder vier habe ich ja vorhin genannt, und die waren es sicherlich. Ich bin nun wirklich überhaupt kein Fachmann im Bereich Geologie und was man wie tun muss. Es war meine Überzeugung, dass die von den zuständigen Behörden entwickelten Aktivitäten zur Eignung des Salzstocks und der Region - - dass das mit all der gebotenen Sachkenntnis und Vorsicht geschehen ist.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Erinnern Sie denn, dass es im Zuge dieses Standortauswahlprozesses, auch gerade im Hinblick auf die KEWA, eine fachliche Begleitung zum Beispiel durch die Bergämter gegeben hat?

Zeuge Klaus Stuhr: Eine was?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Eine fachliche Begleitung durch die Bergämter auch gegeben hat, das heißt, dass die da auch immer drauf geguckt haben.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, also nach meiner Erinnerung - - Wir hatten ja zwei Bergämter, das Oberbergamt und das niedersächsische Bergamt, von denen ich mich mit Sicherheit erinnere, dass beide involviert waren, insbesondere auch das niedersächsische Bergamt. Mit dem Chef dieses Bergamtes habe ich viele Gespräche geführt, um mich selber etwas schlauer zu machen zu dem Thema.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay. Danke.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Stuhr, ich darf dann mal weitermachen. Ich sitze hier.

Ich darf noch mal, Herr Stuhr, auf den Zeitraum 1977 zurückkommen und die dortige Kabinettsvorlage vom 04.02.1977 - für das Protokoll: MAT A 102, Band 8, Blatt 2 bis 23 - und Sie fragen: Sind damals auch andere, also alternative Möglichkeiten zur nuklearen Entsorgung und zu einem nuklearen Entsorgungszentrum betrachtet und diskutiert worden? Also Stichworte für Sie: Endlagerung unter der Nordsee, Trennung von Wiederaufbereitung und Endlager, gegebenenfalls Entsorgungsmöglichkeiten auf der anderen Seite des Atlantiks in den USA oder auch Endlagerung in Frankreich oder Großbritannien. Können Sie dazu was berichten? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Klaus Stuhr: Das sind alles Stichworte, die natürlich in der Diskussion aufgetaucht sind. Welche Intensität an Bedeutung sie gehabt haben und welche Schlussfolgerungen möglicherweise gezogen worden sind - Sie überfordern mich -, das weiß ich nicht. Das war 1977 im Übrigen. Da war ich - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): 1977 war das, ja. Das muss ja im Vorfeld dieser von mir zitierten Kabinettsvorlage vom 04.02.1977 irgendwie erörtert worden sein. Dazu gibt es ja Aussagen. Haben Sie daran noch eine Erinnerung?

Zeuge Klaus Stuhr: Habe ich nicht. Ich habe Ihnen das klar gemacht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Haben Sie keine Erinnerung?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Können Sie sich denn erinnern, wie damals, als diese Dinge diskutiert wurden und dann auch zu dieser Kabinettsvorlage geführt haben, der Stand von Wissenschaft und Forschung hinsichtlich der Entsorgung von radioaktiven Abfällen war?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Da haben Sie auch keine Erinnerung?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein. Ich überlege. Ich habe nicht nur keine Erinnerung. Ich überlege. Ich habe ja auch andere Dinge zu tun gehabt. Ob ich nun noch immer mit dieser Intensität verantwortlich war für dieses Projekt, erscheint mir etwas zweifelhaft.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - Dann darf ich den Bereich mal verlassen, und unter dem Stichwort „Öffentlichkeitsbeteiligung“ Sie fragen: Können Sie uns was berichten, wie die Öffentlichkeitsarbeit damals geplant wurde? Wie sollte die Öffentlichkeit beteiligt werden? Welchen Stellenwert hatte die Öffentlichkeitsbeteiligung in dem damaligen Zeitraum?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich könnte jetzt sagen, einen hohen; aber das ist ja keine Antwort auf Ihre Frage.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja, auch, aber ich würde dann nachhaken müssen.

Zeuge Klaus Stuhr: Natürlich, ja. Also, das ist wieder so ein Grenzbereich, bei dem ich sagen muss: Der ist nicht mehr in meinem Kopf drin.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. Dann hilft es auch wenig, wenn ich Ihnen vorhalte, dass in dieser Kabinettsvorlage, die ich gerade schon mal zitiert habe und die die gleiche Fundstelle beinhaltet, sich wiederfindet, dass eine sehr intensive, umfassende und vorbehaltlose Informations- und Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden müsste.

Zeuge Klaus Stuhr: Was richtig ist.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Daran können Sie sich auch nicht erinnern?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, doch, sicherlich. Ein Projekt ohne eine solche Öffentlichkeitsarbeit kann man nicht realisieren. Insofern ist das sicherlich richtig, was Sie da vorlesen. Aber ich war nicht involviert in dieses Thema.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. Dann werde ich da nachher noch mal nachhaken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Damit ist das Fragerecht der Union zunächst erschöpft und geht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Herzlichen Dank. - Ich würde gerne, Herr Stuhr - ich sitze rechts von Ihnen -, noch ein bisschen die damalige politische Situation verstehen. Wenn man jetzt aus der aktuellen Politik der heutigen Tage das betrachtet, dann wundert mich am meisten, dass Niedersachsen überhaupt hingenommen hat, dass ausschließlich Niedersachsen das Gebiet war, wo man gesucht hat. Also das ist mir aus allem, was wir auch in den Akten haben - - Da gibt es ja auch Hinweise, dass es durchaus in Niedersachsen Probebohrungen gab mit Protesten im Jahr 76. Mir erschließt sich nicht, wieso man überhaupt von niedersächsischer Seite gar

nicht gesagt hat: Warum eigentlich nur wir, und warum nicht die anderen Länder? - Könnten Sie uns da mal schildern, wie das damals überhaupt kam, dass nur Niedersachsen das Zielgebiet war?

Zeuge Klaus Stuhr: Sie haben recht. Ich fange mal so an, dass in der Tat die Region Niedersachsen aufgrund der geologischen Struktur - darauf komme ich gleich noch mal - ganz im Vordergrund stand bei den Überlegungen des Bundes wie auch der Industrie, das Endlagerproblem in Niedersachsen zu lösen. Anregungen aus Bayern, wie ja heute, lagen damals nicht vor, und keiner machte auch aus Bayern Anstalten, zu sagen: Ja, das machen wir bei uns. - Aber ob das so gemeint ist, ist eine andere Frage. Also, das ist in der Tat damals nicht diskutiert worden, muss ich sagen, mir zur Kenntnis. Ich versuche immer wieder, deutlich zu machen: Ich bin ja nicht der Ministerpräsident oder was weiß ich gewesen. Ich war ein Referatsleiter, nicht mehr und nicht weniger als das.

Ute Vogt (SPD): Aber es gab doch auch öffentliche Proteste an den drei Standorten, an denen Probebohrungen vorgenommen worden sind. Erinnern Sie sich, ob es - -

Zeuge Klaus Stuhr: Welche meinen Sie?

Ute Vogt (SPD): Es war zum Beispiel an den - - Ich meine, es gab sogar - Moment - in den drei genannten - -

Zeuge Klaus Stuhr: Also, genannt habe ich - -

Ute Vogt (SPD): Wahn, Lichtenhorst - - Also, es gab jedenfalls Probebohrungen, die zwischen, nach unseren Erkenntnissen - - Das ist aus MAT A 56/1. Da geht draus hervor - das ist eine Unterlage von Herrn Möller -, dass zwischen 5. und 10. August im Jahr 76 die KEWA an verschiedenen Standorten ganz kleine Probebohrungen vornahm.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Ute Vogt (SPD): Und in dem Moment, wo die Leute die Befürchtung hatten, es gäbe jetzt - - Das eine war, glaube ich, der Wahlkreis von einem der Brüder Remmers, wenn ich mich recht erinnere. Also, mich wundert -

jetzt sage ich mal so; ich will mal sagen, worauf ich hinaus will -, dass einerseits die Probebohrungen eingestellt wurden, weil es Proteste gab und auch einer der Remmers-Brüder ja auch zum Beispiel heftig remonstriert hat dagegen, dass in seinem Wahlkreis so was entsteht, und auf der anderen Seite in Gorleben man den Eindruck hat, dass es dort Kommunalpolitiker gab, die das nationale Entsorgungszentrum ja sogar dringend gewollt haben. Das kommt mir - - Der Zusammenhang erschließt sich mir nicht ganz.

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich sehe da auch keinen Zusammenhang. In der Tat, in der Region Emsland, in der einer der Remmers-Brüder Abgeordneter war, nicht Walter, sondern - - Ist ja egal, also einer der beiden. Die Remmers-Gebrüder - ich sage das vorsichtig - haben daraus auch keinen Hehl gemacht, Werner damals. Er war kein großer Freund von dieser Anlage im Emsland. Er hat auch natürlich immer die Nähe zum Truppenübungsplatz herausgehoben. Aber Sie haben recht, er wollte nicht so recht ran an dieses Thema für den Landkreis Emsland.

Dass das Pendant von Remmers in Lüchow-Dannenberg anders dachte und handelte, ist richtig. Aber so ist es nun mal. Da gibt es keine Zusammenhänge, will ich damit sagen.

Ute Vogt (SPD): Ministerpräsident Albrecht - - Oder: Ist Ihnen bekannt, ob Ministerpräsident Albrecht zu irgendeiner Zeit versucht hat, darauf hinzuwirken, dass überhaupt kein niedersächsischer Standort in Betracht kommt?

Zeuge Klaus Stuhr: Sie wissen wahrscheinlich, dass Herr Dr. Albrecht zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Symposium veranstaltet hat in Hannover mit Wissenschaftlern - einer von ihnen war von Weizsäcker - und dass auf diesem Symposium die generelle Frage: „Was ist das eigentlich, eine Entsorgungsanlage - und wohin damit?“, erörtert worden ist, mit unterschiedlichen Stellungnahmen der Teilnehmer. Und daraus hat Albrecht, vermute ich mal, auch seine Schlussfolgerungen gezogen.

Ute Vogt (SPD): Also, Hintergrund meiner Frage ist ein Protokoll, das hier schon mal bei der Vernehmung von Herrn Naß eine Rolle gespielt hat, MAT A 64, Band 17. Da geht es um einen Bericht, der auf Bundes-

ebene gefertigt wurde, über dieses Ministergespräch am 11. November 76. Da wird unter anderem ausgeführt - ich zitiere -:

Alles deutete darauf hin, daß nicht einmal die Bekundung einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Aufnahme des Entsorgungszentrums in Niedersachsen zu erwarten war. Dieser Eindruck war noch in den letzten Tagen vor dem Ministergespräch ... bekräftigt worden.

Und dann gab es dieses berühmte Ministergespräch am 11. November, und dann notiert dieser Bericht als Fazit:

Gemessen an den Erwartungen der Seite des Bundes muß das Ergebnis der Besprechung in Hannover mit Herrn Ministerpräsidenten Albrecht als ein großer Erfolg gewertet werden.

Zeuge Klaus Stuhr: Für wen?

Ute Vogt (SPD): Das heißt - ich verstehe das so -: Die Bundesseite ist dorthin gefahren mit der Erwartung, wir müssen jetzt Niedersachsen überzeugen, dass sie sich irgendwie möglicherweise bereit erklären, diesen Standort aufzunehmen, und die Bundesvertreter waren dann offenbar überrascht, dass Ministerpräsident Albrecht praktisch zügig zugesichert hat, sich des Themas offensiv anzunehmen.

Zeuge Klaus Stuhr: Es haben eine Reihe von Gesprächen stattgefunden. Welches meinen Sie jetzt?

Ute Vogt (SPD): Das war das Gespräch am 11. November, bei dem die Bundesminister extra nach Niedersachsen gefahren waren. Da waren zuerst die Minister, Albrecht, Leisler Kiep, Schnipkoweit, Bosselmann, und dann die entsprechenden Bundesminister Maihofer, Friderichs und Matthöfer. Also, das ist sicherlich ein Gespräch, wie es nicht alltäglich stattfindet. Ich würde gern die Beweggründe verstehen von Herrn Ministerpräsident Albrecht, wenn der Bund kommt und praktisch die Erwartung hat, es wird ganz schwer, und dann am Ende überrascht ist, wie schnell die Zusage Niedersachsens kommt. Dann erhoffe ich mir von einem Zeitzeugen, dass Sie mir schildern können, was der Hintergrund war, dass Al-

brecht doch bereit war, diese Verantwortung zu übernehmen.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe an mehreren Gesprächen - also, das ist eine schwierige Frage - teilgenommen, die Herr Albrecht geführt hat zusammen mit Kiep. Und, ich glaube, der damalige Bundesminister war Riesenhuber. Kann das sein?

Ute Vogt (SPD): Ja, könnte sein.

Zeuge Klaus Stuhr: Das könnte sein.

Ute Vogt (SPD): Nein. Riesenhuber war später. Das muss vorher gewesen sein. Das war noch unter sozial-liberaler Bundesregierung.

Zeuge Klaus Stuhr: Ah, ja. Also ich erinnere mich an ein Gespräch mit Riesenhuber.

Ute Vogt (SPD): Das muss später gewesen sein.

Zeuge Klaus Stuhr: Das ist später gewesen. Auf dem ist nach meiner Einschätzung und nach dem, was ich so gehört habe, deutlich geworden, dass Albrecht geneigt ist, diesem Projekt näherzutreten, das in Niedersachsen unterzubringen.

Ute Vogt (SPD): Und gab es - -

Zeuge Klaus Stuhr: Entschuldigung.

Ute Vogt (SPD): Wenn Sie noch etwas ergänzen wollen?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein. Ich will nur ergänzen: Alles, was ich jetzt so sage, sind Mutmaßungen und nicht mehr als das.

Ute Vogt (SPD): Jetzt hatte die Bundesregierung ja damals auch - belegt durch einen Vermerk des Bundeskanzlers Helmut Schmidt - Vorbehalte gegenüber Gorleben aufgrund der Grenznähe zur DDR.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, ja.

Ute Vogt (SPD): Das haben Sie ja bestätigt.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Ute Vogt (SPD): Hat man in Niedersachsen damit gerechnet, dass Gorleben für die Bundesregierung deshalb vielleicht gar nicht in Betracht kommt?

Zeuge Klaus Stuhr: Aus der Art und Weise, wie die Mitarbeiter der Bundesregierung danach agierten, konnte man nach meiner Meinung nicht den Schluss ziehen, Niedersachsen kommt überhaupt nicht in Betracht. Das ist eine vorsichtige Formulierung meinerseits, die ich nur herleite aus meinen Gesprächen mit Mitarbeitern der Bundesregierung auf meiner Ebene.

Ute Vogt (SPD): Ministerpräsident Albrecht hat ja damals sinngemäß gesagt: „Entweder Gorleben oder gar nichts“, gegenüber der Bundesregierung. Also, er hat einen Standort angeboten. Denken Sie, er wäre enttäuscht gewesen, wenn die Bundesregierung darauf Nein gesagt hätte? Es gibt dann eben nichts, also wir nehmen Gorleben nicht?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich weiß wirklich nicht, was der Ministerpräsident von Niedersachsen in seinem Kopf gedacht und nicht gedacht hat. Sie überfordern mich. Sie verlangen jetzt von mir und erwarten von mir, dass ich im Jahre 2000 und heute einen Ministerpräsidenten, der ein Gespräch geführt hat, interpretiere in bestimmten Aussagen.

Ute Vogt (SPD): Ja, es hätte ja sein können, dass man damals darüber gesprochen hat, was ihn so bewegt hat.

Zeuge Klaus Stuhr: Habe ich nicht und tue ich auch nicht.

Ute Vogt (SPD): Ich habe noch mal eine andere Frage zum Thema der Absprache dann auch mit den DDR-Behörden. Es gab von Ihnen den bereits zitierten Vermerk - ich glaube, er liegt Ihnen auch vor; MAT A 102, Band 8 -, und da steht - haben Sie auch aufgeschrieben -, dass ein erstes Gespräch mit dem Bund zum Thema Gorleben usw. stattgefunden hat. Und dann steht da weiter:

Gespräche mit der DDR werden für notwendig gehalten, möglichst frühe Information der DDR, gegebenenfalls Durchsetzung des Standorts auch ohne DDR-Zustimmung.

Wurden diese Gespräche mit der DDR geführt? Oder können Sie sich erinnern, wie das damals dann weitergegangen ist?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich glaube, das war ein Vermerk mehr aus meiner Sicht zu dem, was alles geschehen müsste.

Ute Vogt (SPD): Ja. Genau so habe ich es verstanden.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe keine Gespräche mit der DDR geführt, fand aber, dass es sinnvoll sein könne, es zu tun.

Ute Vogt (SPD): Aber Sie wissen auch nicht, ob das dann stattgefunden hat.

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, das weiß ich nicht. Aber das ist für meine Begriffe in dieser Konfliktsituation, wo die DDR - Gorleben, hätte ich beinahe gesagt - - auch Gespräche zu führen zu diesem Thema. Aber ich weiß nicht, ob sie stattgefunden haben.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben Sie uns vorhin schon mal gesagt, Sie sind kein Fachmann als Geologe. Aber wir haben hier ja auch in unseren Materialien eine Gesprächsnotiz von diesem Ministergespräch, wo ja anschließend Sie dann auch mit dabei waren, zusammen mit anderen Beamten, an dem 11. November, wo erstmals ja auch Gorleben zur Sprache kam. Und da sagt dann Kiep, es gebe mehr als drei Standortmöglichkeiten. Albrecht sagt: Lüchow-Danenberg. Und dann kommt: Kiep-Mitarbeiter - wir nehmen an, dass Sie das waren -: Lüchow von der Geologie her an der Spitze. - Wie kamen Sie zu dieser Aussage?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich habe an dem Gespräch teilgenommen. Das kann ich nicht in Abrede stellen. Es war auch ein ganz konstruktives Gespräch. - Können Sie bitte noch mal sagen, was ich da gesagt haben soll?

Ute Vogt (SPD): Lüchow von der Geologie her an der Spitze. - Wir können es Ihnen auch gern vorlegen.

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, nein. Das reicht. - Wenn ich das gesagt haben sollte, was ich nicht mehr weiß, dann sicherlich nicht aus mir selbst heraus, sondern weil

kenntnisreiche Geologen mir das gesagt haben.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Wer die kenntnisreichen Geologen waren, wissen Sie das noch?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin, die Fragezeit ist eigentlich abgelaufen. Sie haben ja noch eine weitere Runde. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion. Dann wird sich unsere Pause ein bisschen verschieben. - Frau Kollegin Brunkhorst, wollen Sie jetzt fragen oder erst nach der Pause?

Angelika Brunkhorst (FDP): Was haben Sie jetzt vorgeschlagen? Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ob Sie jetzt Ihr Fragerecht noch wahrnehmen wollen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir können es auch nach der Pause machen.

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Das wollen Sie nicht. Ich bin da flexibel, Frau Kotting-Uhl.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt fragt von der FDP-Fraktion die Kollegin Brunkhorst, Herr Stuhr.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Stuhr, ich hätte ganz gerne gewusst - - Wir hatten ja in diesen 70er-Jahren die große Ölkrise, und es gab ja ein neues energiepolitisches Konzept zur damaligen Zeit. Man wollte ja in eine andere Energieform einsteigen. Können Sie sich an diese Konzeption damals erinnern? Können Sie da noch irgendwas zu sagen?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich erinnere mich natürlich an die Diskussionen, aber - -

Angelika Brunkhorst (FDP): Von wie vielen Kernkraftwerken, die man bauen wollte, ging man denn damals aus? War das Diskussionspunkt bei Ihnen im Hause?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein. Also, nach meiner Erinnerung, nein. Aber das muss nicht stimmen. Es mag sein, dass die auch immer Gespräche dazu geführt haben.

Angelika Brunkhorst (FDP): Aber man ging ja von einer großen Anzahl von Kernkraftwerken aus, die man bauen wollte. Analog dazu musste man natürlich auch die Entsorgungsfrage großdenken. Können Sie sich noch an die Diskussion der Entsorgungsphilosophie erinnern?

Zeuge Klaus Stuhr: Meinen Sie jetzt in der Größenordnung, oder meinen Sie - -

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, zum Beispiel.

Zeuge Klaus Stuhr: Wissen Sie, in diesem Kontext - ich habe das vorhin ja schon mal gesagt - sind eine Fülle von Gesprächen geführt worden, von denen manche auch einen wichtigen Rang hatten, manche eben auch Gespräche waren. Und ich habe bestimmt Gespräche geführt, ich bin aber auch - das macht mein Dilemma deutlich - selber überrascht, wie viele Briefe aus meiner Feder hier zitiert werden. Ich kann es nicht - - Ich habe das nicht präsent.

Angelika Brunkhorst (FDP): Aber Sie erinnern sich vielleicht noch daran, dass man doch eine relativ große Lösung vielleicht im Blickfeld hatte. Also, man hatte doch die Diskussion um Wirtsgesteine. Entsinnen Sie sich?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, natürlich.

Angelika Brunkhorst (FDP): Man hatte da die Diskussion um die Wirtsgesteine, und man kam ja dann irgendwann zu dem Schluss, dass Salzgestein wohl am besten geeignet sei.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): An diese Diskussion können Sie sich erinnern?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, natürlich.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ist Ihnen der Begriff „nach Stand von Wissenschaft und Technik“ noch ein Begriff? Also, man hat ja die damaligen wissenschaftlichen Untersuchungen immer unter dem Aspekt, dem Qualitätsaspekt gemacht. Man hat gesagt: Alles, was wir hier heranziehen an Wissen, und alles, was wir tun werden, muss dem

Stand von Wissenschaft und Technik standhalten. - Das war eben auch in den vorherigen Befragungen hier in diesem Ausschuss immer wieder ein Angelpunkt. Inwieweit haben Sie denn selbst mit Wissenschaftlern zu tun gehabt, die sich mit dieser Frage befassten? Ich nenne jetzt einfach mal die BGR zum Beispiel, die ja auch in Hannover sitzt, direkt vor der Tür. Hatten Sie mit denen zu der Zeit Austausch, Informationsaustausch?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja. Also, ich glaube, dass ich jedenfalls mit den in Niedersachsen ansässigen Einrichtungen dieser Art schon um meines Selbstverständnisses willen viele Gespräche geführt habe. Ich bin an das Projekt ja kraft ministerieller Entscheidung herangekommen, und natürlich war es mein Bestreben, möglichst viel von dem zu begreifen, was da zu tun ist. Meine Gesprächspartner waren die Leute von den Bergämtern des Bundes und des Landes und natürlich auch hier und da der Industrie, gar keine Frage. Also: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Können Sie sich denn noch an einzelne, sagen wir mal, Leiter der BGR erinnern, an irgendwelche Namen?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, nicht präsent.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. - Dann hätte ich ganz gerne gewusst, wie Sie denn den Auftrag dieser interministeriellen Arbeitsgruppe beschreiben würden. Ich bin jetzt etwas später dazu gekommen. Vielleicht haben Sie dazu schon Äußerungen gemacht. - Nein. Wie war denn der Auftrag der IMAK? Wie würden Sie den beschreiben?

Zeuge Klaus Stuhr: Der Auftrag der IMAK. Von wem erstattet? Welchen meinen Sie? Sie sprechen von der IMAK und dem Auftrag, den die IMAK erarbeitet hat.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, der interministeriellen Arbeitsgruppe.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Sie hatten ja den Auftrag, sich mit dem Thema Standortsuche usw. zu befassen.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja. Also, Sie meinen mit IMAK die Einrichtung, die sich vorbereitend mit dem Thema beschäftigt hat, und dazu möchten Sie wissen? Ich habe Ihre Frage nicht ganz verstanden. Verzeihung.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, wie der Arbeitsauftrag lautete. Waren Sie Koordinator? Hatten Sie konzeptionell Einfluss zu nehmen? Was war Ihre Aufgabe dabei?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich hatte die Leitung dieser Veranstaltung und versuchte, das zu tun, was man als solcher tun muss. Vielleicht reden wir von verschiedenen Ausschüssen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gut. - Eine weitere Frage noch zum Schluss. Man hat ja damals das Konzept verfolgt, dass man gesagt hat: Wenn wir diese Fülle von Kernkraftwerken tatsächlich dann bauen werden, brauchen wir ein großes Zentrum, ein sogenanntes NEZ, nukleares Entsorgungszentrum. - Können Sie uns noch mal aus der damaligen Situation heraus erklären, was man sich damals darunter vorgestellt hat, was alles dazugehört?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, das NEZ war ja eigentlich der Anfang aller Dinge, hätte ich beinahe gesagt, die integrierende Einrichtung. Die besteht aus der Zwischenlagerung, die besteht aus einer chemischen Fabrik, der Wiederaufbereitung, und die besteht aus der Vorbereitung der Endlagerung, der Zwischenlagerung, der Endlagerung für die Kernenergie. Das war die Vorstellung des BMFT. Die Struktur dieser Einrichtung Nukleares Entsorgungszentrum sollte eigentlich das Problem in seiner Gesamtheit in den Griff kriegen und lösen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Also, dann kann ich im Rückschluss aber auch sagen, dass der Teil Endlagerung eigentlich nur ein Teilbereich war.

Zeuge Klaus Stuhr: In der allerersten Diskussion - ich weiß nicht, ob das jetzt akzeptiert wird -, die ich hatte mit dem BMFT, kam der BMFT mit dem Vorschlag, gemeinsam nachzudenken über die Einrichtung NEZ, nukleares Entsorgungszentrum, das vom Transport der Dinge, über die wir jetzt heute geredet haben, bis zur Endlagerung alles umfasste, was eine Entsorgung der

Kernenergie bedeutet. Das war die Grundidee des Bundes zu dem Zeitpunkt, nicht meine.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. - Und in dem Zusammenhang vielleicht noch: War es damals zu Beginn gleich so klar, dass - - Also, hat man zunächst nur davon gesprochen, dass man nur so schwach- und mittel-radioaktive Abfälle dort sozusagen konditionieren und endlagern wollte, oder war von vornherein klar, dass es sich auch um hoch-radioaktive Abfälle handeln würde? Können Sie sich daran entsinnen?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich glaube, in dem Gesamtkonzept, das der Bundesforschungsminister auf den Tisch gelegt hat, war alles inbegriffen, schwach und mittel wie auch das, was danach diskutiert worden ist.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, vielen Dank zunächst. Ich habe jetzt zunächst mal einen ganz guten Einschnitt von meinem Frageblock. Ich würde gerne den nächsten Frageblock dann - - Ich gebe das zurück an die Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, herzlichen Dank. - Dann sind wir jetzt so weit, dass wir die Sitzung bis 15 Uhr unterbrechen und dann in der Befragung fortfahren, Herr Stuhr. Und dann würden die Kolleginnen aus den Oppositionsfraktionen weitermachen. - Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Flachsbarth, ich bitte Sie natürlich, Herr Stuhr, ob Sie uns vielleicht noch 15 oder 16 Minuten zur Verfügung stehen könnten. Also, wir haben gestern lange darüber geredet, ob wir die Mittagspause durchmachen, aus bestimmten Verpflichtungen, die heute Nachmittag für verschiedene von uns bestehen. Sie haben das abgelehnt. Ich habe jetzt in meiner Fraktion mit Mühe die Vertretung hierherbekommen, weil Frau Steiner und ich kurz nach 14 Uhr weg müssen. Die Vertretung kommt um 15 Uhr, und ich möchte gerne in einer Fragerunde die Möglichkeit haben, auch zu fragen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber nicht, damit Sie hinterher wieder eine Pressemitteilung machen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kotting-Uhl, aber wirklich nur aus äußerster Kollegialität. - Frau Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Für uns gilt das Gleiche. Um 15 Uhr habe ich einen Termin. Nachher kommt zwar Frau Voß, aber halt auch nicht sofort um 15 Uhr. Das ist echt schwierig jetzt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn wir das jetzt verkomplizieren wollen, machen wir eine Beratungssitzung. Das ist auch klasse. Aber das wollen wir ja nicht. - Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, wenn ich ab 15 Uhr eine Pressemitteilung sehe, wo dann sozusagen - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die liest heute doch sowieso keiner!)

- Die liest sowieso keiner, das ist wahr, und auch nicht nur, weil wir heute die Energie-debatte hatten, sondern es geht ums - -

(Zuruf)

- Macht ja nichts; das kann die Öffentlichkeit ruhig mal mitkriegen, wie hier gearbeitet wird. - Dann mache ich so was nie wieder, damit das klar ist. Ansonsten ist es okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe auch terminliche Verpflichtungen ab 14 Uhr. Das wissen Sie. - Also, ich erteile das Wort zu einer Fragerunde, die wir jetzt sehr zügig miteinander vereinbaren. Das Fragerecht geht jetzt an die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich versuche auch - - Vielleicht brauche ich ja gar nicht die ganze Zeit.

Herr Stuhr, ich bin vorhin leider wegen terminlicher Verpflichtungen einen Moment später gekommen. Vielleicht habe ich es deswegen nicht mitbekommen. Ich weiß, dass Sie seit 1974 Ministerialrat im niedersächsischen Ministerium waren, und das auch sehr lange. Bis wann waren Sie da, und wie lange waren Sie mit der Frage Endlagerstandortsuche überhaupt befasst?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich war noch länger im Ministerium, als Sie eben definiert haben. Ich war mit der Frage Endlager, nu-

kleares Entsorgungszentrum und was weiß ich, was in diesen Kontext hineinpasst, in Niedersachsen, glaube ich, als Erster beteiligt, und dieses deswegen - das kann ich Ihnen auch sagen -, weil - - Nein, das lassen wir mal. Also, ich glaube, ja, ich bin von Anfang an beteiligt gewesen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und wie lange ungefähr? Bis zu welchem Jahr?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, die Abteilung, die ich gehabt habe bis zu meiner Pensionierung, war die wirtschaftspolitische. Die hat zu tun mit Industrie, die hat zu tun mit Energie und vielen anderen Dingen. Da war das Thema Gorleben nur ein kleiner Ausschnitt. Ich habe dann später noch weitere zusätzliche Aufgaben übernommen und würde mal schätzen, dass ich aus dem Thema, wenn das für Sie wichtig ist, ausgestiegen bin - - Ich weiß es nicht. Vielleicht habe ich jetzt völlig daneben. Ich habe zu Anfang erklärt, dass ich lange pensioniert bin, und deswegen fehlt mir manches an Wissen, das ich damals hatte. Anfang der 70er-Jahre, kann auch 72 oder 73 - - Ich weiß es nicht genau.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): 70-er? Also 80er-Jahre war Ihre Pensionierung, oder wann?

Zeuge Klaus Stuhr: Meine Pensionierung - - Nein, ganz so schlimm war es nicht. Ich bin pensioniert worden 98.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, Sie waren über viele, viele Jahre mit der Thematik befasst, mal dichter und mal - -

Zeuge Klaus Stuhr: Vier, fünf Jahre.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. - Es gibt ja eine ganze Reihe Papiere, die dann auch damals über Ihren Schreibtisch gegangen sind. Ich will jetzt gar nicht einzelne an der Stelle zitieren. Aber erinnern Sie sich, dass bei der Frage der Eignung des Standortes Gorleben auch die Frage Bodenschätze - ob da welche sind, ob da vielleicht Gas ist - und auch die Nähe zur Grenze der DDR eine Rolle gespielt haben?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, die Nähe zur Grenze der DDR hat eine Rolle gespielt, und dieses, glaube ich, vorrangig aus der Pers-

pektive des Bundes. Als politisches Argument sozusagen hat er es in die Diskussionen gebracht. Also insoweit klare Antwort von mir: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und die Frage von Bodenschätzen, hat die eine Rolle gespielt? Weil, man wusste ja, wenn man ein Entsorgungszentrum macht mit einem Endlager, dann wird das ja eine sehr lange Nutzungszeit haben und die Ausbeutung von Rohstoffen und Bodenschätzen verunmöglichen.

Zeuge Klaus Stuhr: Gibt es denn da Bodenschätze?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich habe hier einen Vermerk aus dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr - das ist MAT A 52, Band 12, Seite 26 bis 45 -, wo zum Beispiel aufgeführt wird, dass es dort Gas gebe. Ich zitiere:

Nach Auffassung des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung und der Konzessionsinhaber für die Aufsuchung von Kohlenwasserstoff (Preussag und Brigitta/Elwerath), ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß sich unter dem Salzstock Gorleben in einer Tiefe von rd. 3 500 m Gas befindet.

Und dann wird weiter ausgeführt, dass man zumindest aufseiten der Bundesrepublik wohl verhindern könnte, dass die ausgebeutet würden.

Erinnern Sie sich, dass so was Debatte war, dass so was in Papieren auftauchte, dass darüber diskutiert wurde, wie man damit umgeht?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, ich erinnere mich nicht. Niedersachsen war und ist ja das erdgasproduzierende Land der Bundesrepublik schlechthin. In nahezu allen Regionen, hätte ich beinahe gesagt, hat die Erdgasindustrie eine feste Position. Dass zu dem Abbaubereich auch Teile von Lüchow-Dannenberg gehören - - Das müsste ich eigentlich wissen, aber ich weiß es nicht.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, Sie können sich nicht erinnern, wie damals in Ihrem Haus oder auch interministeriell damit umgegangen wurde, -

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): - dass zumindest die Möglichkeit besteht, dass da ein Rohstoffvorkommen sein könnte?

Zeuge Klaus Stuhr: Verzeihen Sie. Sie haben einen Vermerk zitiert. Ist der von mir?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Eine Kabinettsvorlage habe ich zitiert.

Zeuge Klaus Stuhr: Von mir? Wenn er von mir wäre, müsste ich das ja heute noch wissen, aber ich weiß nicht - - das fabriziert zu haben.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Möchten Sie es sehen? Ich kann Ihnen das gerne auch überlassen. Vielleicht hilft das Ihrer Erinnerung. Augenblick, ich lasse Ihnen das gerade mal geben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Klaus Stuhr: Also, das fällt unter das Stichwort, das ich ganz zu Anfang angesprochen habe. Das alles liegt für mich 35 Jahre zurück, und da ist mir vieles entfallen. Dieser Vermerk ist in der Tat von mir. Das muss ich bekennen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Gut. Aber Sie können sich nicht mehr erinnern, was auf diesen Vermerk folgte?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Oder haben Sie daran noch eine Erinnerung?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein. Sorry.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das war die Sache wert, dass wir gewartet haben!)

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann geht das Fragerecht jetzt noch an die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Stuhr, Sie kennen den Historiker Dr. Tiggemann, nehme ich an.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit dem haben Sie am 24.03. letzten Jahres in Hannover ein Gespräch geführt.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auf dieses Gespräch hat sich Herr Dr. Tiggemann, der hier auch als Zeuge war, in seiner Vernehmung berufen, als es darum ging, nach der sogenannten zweiten KEWA-Studie zu fragen, die in dem Gutachten, das Herr Tiggemann gemacht hat, wozu er auch das Gespräch mit Ihnen geführt hat, eine große Rolle spielt zur Entlastung der - - Ich zitiere mal die anschließende Pressemitteilung des damaligen Umweltministers Sander von Niedersachsen vom 28.05.2010.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Immer noch!)

- Immer noch? Na ja, gut.

Die Studie belegt, dass die Verschwörungstheorien jeder Grundlage entbehren, Gorleben also wissenschaftlich fundiert ausgewählt wurde.

Das gründet sich mehr oder weniger auf die Existenz einer zweiten KEWA-Studie, von der Dr. Tiggemann hier bei seiner Vernehmung aber sagte, er habe nur Fragmente, und er hat sich sehr stark auf das Zeitzeugengespräch mit Ihnen berufen, das also, wie gesagt, vor etwas über einem Jahr stattfand. Was haben Sie denn über diese zweite KEWA-Studie da erzählt vor einem Jahr?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich kann mich nicht erinnern, überhaupt etwas erzählt zu haben im Gespräch mit Herrn Tiggemann. Sorry.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gar nichts erzählt zu einer zweiten KEWA-Studie?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe gesagt: Ich kann mich nicht erinnern, überhaupt das Gespräch mit Tiggemann über die zweite Studie geführt zu haben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben kein Gespräch mit Herrn Tiggemann -

Zeuge Klaus Stuhr: Das habe ich nicht gesagt. Ich erinnere mich nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - über diese zweite KEWA-Studie geführt.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich werde Herrn Tiggemann fragen. Aber das ist mir neu, höre ich jetzt zum ersten Mal. Ich kenne die Studie nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wissen auch nicht, ob eine zweite KEWA-Studie existiert?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein. Also, wie gesagt, ich kenne den Vermerk von Herrn Tiggemann nicht.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es gibt doch den Vermerk!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben vorhin auch ausgeführt, dass es Kriterien gab, die dazu herangezogen wurden, Gorleben dann unter diese ersten vier und dann schließlich auch als ersten zu bringen.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sind denn diese Kriterien entstanden?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich muss lange nachdenken, was ich mit Herrn Tiggemann besprochen habe, dessen Vermerk - noch einmal - ich nicht kenne - er hat ihn mir nicht geschickt -, von dem ich aber weiß, dass er in Überlegungen Eingang gefunden hat. Also, ich kenne im Detail den Vermerk von Tiggemann nicht und weiß auch nicht, erinnere mich auch nicht, dass ich mit ihm darüber geredet habe. Infolgedessen fällt es mir schwer, Ihre Frage zu beantworten.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, diese Kriterien bezogen sich nicht auf das Gespräch. Das Gespräch habe ich jetzt schon abgehakt, weil Sie sag-

ten, Sie können sich nicht erinnern, dass Sie über eine zweite KEWA-Studie mit Dr. Tiggemann gesprochen haben. Das ist damit für mich erledigt.

Jetzt war die Frage: Woher diese Kriterien? Nach diesem Gutachten von Dr. Tiggemann hat ja die zweite KEWA-Studie herausgefunden, dass Gorleben besser geeignet ist als die bis dahin gehandelten drei Standorte. Sie sagen jetzt, Sie kennen diese Kriterien nicht; aber Sie waren ja bei diesem Ministergespräch beteiligt, als Gorleben dann zum ersten Mal benannt wurde, und waren damals auch in verantwortlicher Stellung in dem entsprechenden Ministerium. Deswegen habe ich Sie jetzt nach den Kriterien gefragt, wo die entstanden sein könnten.

Zeuge Klaus Stuhr: Wo oder von wem?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die große Frage. Wenn es nicht die KEWA war, wo kamen sie her, die Kriterien? Nach was wurde Gorleben ausgewählt?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, das gehört wahrscheinlich zu den Fragen, zu denen ich eingangs gesagt habe, dass ich nicht alle Fragen beantworten kann aus Gründen des Zeitablaufs.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann lassen wir das, Herr Stuhr. - Haben Sie denn noch irgendeine Erinnerung daran, was Sie in dem Gespräch mit Dr. Tiggemann beredet haben - wenn es also jetzt nicht diese zweite KEWA-Studie war -, worum sich das Gespräch gedreht hat, dieses von ihm so genannte Zeitzeugengespräch?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich habe von ihm keine Resonanz gehabt. Aber ich kenne die Veröffentlichung des Umweltministeriums, von Herrn Sander, die ja vier, fünf Punkte nennt. Ich habe sie nicht bei mir. Das sind zutreffend die Punkte, die ich mit Tiggemann besprochen habe. Da muss ich noch mal reingucken.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Frau Kollegin, können Sie mal zitieren? Den Zusammenhang, den Sie herstellen, bestreiten wir.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege, Sie haben nicht das Wort.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber ich möchte gerne, dass zitiert wird. Sonst muss ich gleich eine nichtöffentliche Sitzung beantragen.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie sich zur Geschäftsordnung melden wollen, Kollege Grindel, tun Sie das bitte. Aber gehen Sie bitte nicht dazwischen, wenn das Fragerecht bei der Grünen-Fraktion ist.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Doch. Ich bitte die Kollegin, das vorzutragen. Das kann man doch machen. Sie kann ja der Bitte entsprechen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen können Sie sich doch trotzdem normal melden.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben jetzt das Pech, dass ich hier den Vorsitz führe und nicht Ihrer Fraktion angehöre.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie ihn doch antworten!)

Das sind Sie gar nicht gewohnt. Das ist mir schon aufgefallen. - Also war das eine Meldung zur Geschäftsordnung?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe die Bitte, dass Sie das, was Sie hier unterstellt haben - -

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir können auch gerne unterbrechen und eine Beratungssitzung machen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe die Bitte, dass sie das einfach mal vorträgt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann lassen Sie mich doch mal.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben doch gar nicht das Wort, Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das habe ich mir genommen.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das habe ich wohl mitbekommen. Aber das ist ja gar nicht zulässig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Kotting Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind sich sicher, dass Sie jetzt eine Antwort wollen?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja!)

- Gut. Dann, denke ich, kann ich sie auch geben. Ich beziehe mich zum einen auf das hier schon vielfach zitierte und eingeführte Gutachten von Herrn Dr. Tiggemann und zum anderen auf seine Vernehmung.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Lesen Sie mal vor! Zitieren Sie doch mal!)

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Grindel, entweder verlängern wir hier die Veranstaltung, weil ich gerade die Uhr habe anhalten lassen, oder Sie melden sich zur Geschäftsordnung, oder Sie machen einen Antrag auf Beratungssitzung. Wie wollen wir denn verfahren?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe doch nur die Bitte, dass sie zitiert. Es wird in der Öffentlichkeit eine Behauptung aufgestellt. Die muss noch belegt werden.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Grindel, wir haben doch wahrscheinlich noch die Möglichkeit, verschiedene Fragerunden stattfinden zu lassen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie geben uns nicht einmal die Chance, Ihre Frage zu beantworten!)

- Frau Kotting-Uhl hat das Wort. Ich will nur darauf hinweisen:

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie soll keinen falschen Vorhalt machen!)

Wenn Herr Grindel sich noch einmal eigenmächtig hier das Wort selber erteilt, unterbrechen wir für eine Beratungssitzung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich pflege keine falschen Vorhalte zu machen. Nein, das habe ich bisher noch nie gemacht. Das müssten Sie mir nachweisen, wenn ich da auch nur den Versuch gemacht hätte bisher. Sie bekommen gleich das Protokoll.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay!)

In der Zwischenzeit lassen Sie mich vielleicht die jetzt reichlich unterbrochene Befragung fortsetzen.

(Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) wird ein Schriftstück vorgelegt)

Wo waren wir? Wir waren bei der Frage nach den Kriterien. Die Frage war, woher die Kriterien kamen, die ausgewiesen haben, dass Gorleben am besten ist. Herr Tiggemann schreibt hier auf Seite 43/44 seines Gutachtens, dass Sie als Mitarbeiter von Herrn Leisler Kiep - er schreibt dazu: Nach „der Teilnehmerliste muss es“ Herr „Stuhr gewesen sein“ - benennen, dass Gorleben von der Geologie her vorne läge. Also muss es ja irgendeine Vorlage gegeben haben, auf die Sie sich da bezogen haben und die klar gemacht hat, dass Gorleben da am besten ist. Wer hat denn diese Kriterien dafür erstellt?

Zeuge Klaus Stuhr: Die Frage kann ich nicht beantworten, um es klar zu sagen. Die kann ich hier und heute nicht beantworten, wie ich viele Fragen nicht beantworten kann. Ich bitte auch, zu sehen, dass ich hier eigentlich nur agiere aus der Rückschau, und hinter mir liegen 25 Jahre. Da können Sie von mir nicht erwarten, dass ich jede Provenienz eines jeden Schriftstücks parat habe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich sage jetzt mal: Nachdem Sie vor einem Jahr mit Herrn Dr. Tiggemann gesprochen haben und er sich genau darauf bezieht, dachte ich, dass Sie sich vielleicht daran noch erinnern, dass Sie das, was Sie vor einem Jahr noch wussten, heute auch noch wissen. Aber ich bin jetzt auch durch mit meiner Fragezeit.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Damit sind wir am Ende der ersten Fragerunde.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich lese vielleicht noch die gewünschte Stelle vor:

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Ganz kurz.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Zeuge Dr. Anselm Tiggemann: Diese Aussage fußt einmal darauf, dass ich in dem IMAK-Auswahlprozess - - In dem KEWA-Auswahlprozess ist praktisch von Standorten ausgegangen worden, und es wurden auch Standorte ohne Endlagerpotenzial diskutiert. Der IMAK-Prozess ist insofern besser und auch die KEWA-Nachbewertung ist insofern besser, weil sie erst mal von den Salzstöcken ausgehen. Das ist ganz grundsätzlich.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Seite 47 oben müssen Sie zitieren!)

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Nur hat Herr Grindel nach wie vor nicht das Wort.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Seite 47 oben links!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist noch nicht die richtige Stelle im Protokoll. Entschuldigung.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja,
genau! Danke! Das ist wahr!)

Sie kriegen es gleich.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind damit am Ende der ersten Fragerunde. Ich gehe davon aus, dass weiterer Fragebedarf besteht.

Dann würde ich uns alle und auch den Zeugen bitten, dass wir uns um 15.15 Uhr hier wieder treffen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
14.17 bis 15.20 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine Kolleginnen und Kollegen! Dann eröffne ich die öffentliche Sitzung, Zeugenvernehmung von Herrn Stuhr, erneut und erteile jetzt zunächst das Wort Herrn Kollegen Wieland von den Grünen, den ich erstmalig und sehr herzlich in unserer Runde hier begrüßen darf. Herr Kollege Wieland, Sie hatten mir eben gesagt, dass Sie noch eine Fundstelle nachtragen wollten für das Protokoll. Danach erhält das Wort dann die CDU/CSU-Fraktion für den Beginn der zweiten Berliner Runde. - Bitte schön.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würde ich gern machen, wenn man nicht just, als ich nach einem Kaffee anstand, mir diese Unterlage - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann machen wir das im Zweifel dann nach dem Fragerecht - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage ja in keine Richtung, wer es gewesen sein könnte, aber - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann nehmen wir zunächst mal die Union, dass sie dann ihr Fragerecht ausübt. Vielleicht haben Sie danach Ihre Unterlagen wieder so weit.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, das ist sehr nett.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte, gerne. Dann erteile ich das Wort der CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Na ja, ich hätte natürlich gerne, weil - - Die aufgeschriebenen Fragen für Herrn Wieland ahne ich ja, und ich hatte mir gerade hier Sachen vorgenommen, um das, was ihm da aufgeschrieben worden ist, zu widerlegen. Aber ich will es mal andersrum versuchen.

Herr Stuhr, in der IMAK, wie ist es denn dort sozusagen überhaupt zustande gekommen, dass am Ende dem Kabinett ja neben Gorleben auch Lichtenhorst vorgeschlagen worden ist, so nach dem Motto: „Im Kabinett soll dann die Entscheidung fallen: Gorleben oder Lichtenhorst“? Wie ist es dazu gekommen? War man in der IMAK nicht einig, welcher Standort der bestmögliche ist?

Zeuge Klaus Stuhr: Das Letztere trifft nicht zu. Warum jetzt noch einen weiteren Standort ins Feld zu führen? - Ich weiß es nicht mehr, muss ich sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dass man, weil Sie das ja auch schon von anderen gefragt worden sind, überhaupt sich darauf eingelassen hat, in Niedersachsen nach einem geeigneten Standort in dieser Form auch zu suchen mit der Unterstützung der IMAK, liegt das daran, dass man gesagt hat: „Okay, wenn der Bund schon von uns erwartet, dass da was in Niedersachsen entsteht, dann wollen wir zumindest diejenigen sein, die den Standort im engeren Sinne auch selber empfehlen“? Kann man das so zusammenfassen?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich glaube, das ist tendenziell richtig, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie gesagt haben oder gefragt worden sind nach Ihrem Gespräch mit Herrn Tiggemann -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - und ja eine zentrale Rolle bei der Befragung diese Nachuntersuchung der KEWA, also die weitere Studie, gespielt hat, worüber wir uns ja aus Anlass Ihres Vermerks für Herrn Dr. Röhler schon unterhalten haben, -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - möchte ich gern noch mal zur Klarstellung fragen: Erinnern Sie sich nicht mehr, was Sie da mit Herrn Tiggemann besprochen haben, oder schließen Sie aus, dass Sie darüber mit Herrn Tiggemann gesprochen haben? Das ist ja ein Unterschied.

Zeuge Klaus Stuhr: Das ist in der Tat ein Unterschied, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde Sie sonst nämlich jetzt detailliert danach fragen, was Sie mit Herrn Tiggemann besprochen haben.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich lasse gerade jetzt mal Revue passieren die Thematik, die wir angesprochen haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich frage das deshalb, weil das, was behauptet worden ist, entspricht ja dem, was Sie damals in Ihrem Vermerk an Herrn Dr. Röhler geschrieben haben. Es ist ja nicht so, dass man sagen könnte, für das, was er da angeblich aus dem Gespräch mit Ihnen zitiert, gebe es keinen Niederschlag. - Den gibt es ja in Form des Vermerkes.

Zeuge Klaus Stuhr: In der Tat, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also sehe ich das richtig, dass Sie nicht mehr genau erinnern können, was Sie mit ihm besprochen haben, -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - aber nicht ausschließen, dass Sie das besprochen haben?

Zeuge Klaus Stuhr: Das ist völlig richtig, exakt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Danke schön.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Dann darf ich weitermachen, Herr Stuhr. - Wir haben vorhin abbrechen müssen bei dem Ansatz Öffentlichkeitsarbeit, Öffentlichkeitsbeteiligung, -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): - wenn Sie sich erinnern. Ich darf da noch mal einsteigen mit der Frage - auch wenn das lange her ist -: Wie wurde denn damals bei einem solchen Projekt die Öffentlichkeitsarbeit bewertet? Welchen Stellenwert hatte die? Wie kam das zum Ausdruck? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Klaus Stuhr: Also natürlich hatte die Öffentlichkeitsarbeit bei einem Projekt wie diesem - überhaupt keine Frage - eine bedeutende Funktion, gar keine Frage.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gab es da auch gesetzliche Grundlagen, die Sie hätten beachten müssen?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gab es nicht?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Haben Sie sich an internationalen Beispielen orientiert - das war ja ein Großprojekt mit der Wiederaufbereitungsanlage -, dass man da Vorgaben, Beispiele aus anderen Ländern herangezogen hätte, die man dann als Grundlage für eine eigene oder für die durchzuführende Öffentlichkeitsarbeit herangezogen hätte?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich bin zum Beispiel in Frankreich gewesen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das beantwortet jetzt meine Frage nicht so richtig.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, ich denke ja laut.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Entschuldigung.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich versuche, mich da heranzutasten. Ich glaube, also nach meiner Erinnerung, eher nein. So weit kann ich nach meiner Erinnerung nicht gehen, dass es vergleichbare Projekte gegeben hat, die wir sozusagen als Muster - das meinen Sie, das erfragen Sie - in Anspruch genommen haben für Gorleben.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Kann ich das so übersetzen, dass quasi mit dem Vorhaben in dieser Art und Weise Neuland beschritten wurde, dass es da keine Vorlagen, Vorgaben gab, an denen man sich hätte orientieren können?

Zeuge Klaus Stuhr: Auch hier muss ich sagen: Ich erinnere mich nicht, solche Schritte getan zu haben, also Vorlagen zu suchen und beispielhaft heranzuziehen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Noch eine letzte Frage zu dem Komplex: Können Sie sich an ein entwickeltes, an ein vorgeschlagenes, auch in der Kabinettsvorlage, die ich vorhin zitiert habe, vom 02.02.1977 - noch mal für das Protokoll: MAT A 102, Band 8, Blatt 2 bis 23 - - Können Sie sich erinnern, dass ein solches Öffentlichkeitskonzept in dieser Kabinettsvorlage sich wie-

dergefunden hat und dass das in dieser Form, wie es dann vorgeschlagen wurde im Kabinett, beraten wurde, dann auch umgesetzt wurde?

Zeuge Klaus Stuhr: Auch das kann ich Ihnen nur mit Nichtwissen beantworten.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. Ich habe dann keine weiteren Fragen mehr.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr Stuhr, dann will ich da mal weitermachen. Es gibt ja eine Kabinettsvorlage, die schon mein Kollege erwähnt hat, vom 04.02.77 unter der Nummer MAT A 102, Band 8. Dort wird ja explizit auf diese Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen. Sie wissen auch nicht mehr, ob diese Kabinettsvorlage jetzt durch Ihre Hände ging oder ob sie aus Ihrem Büro stammt?

Zeuge Klaus Stuhr: Also aus meinem Büro stammt sie sicher nicht.

Eckhard Pols (CDU/CSU): „Sicherlich“ oder „sicher nicht“?

Zeuge Klaus Stuhr: Sicher nicht.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Sicherlich?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ach, sicher nicht. Entschuldigung.

Zeuge Klaus Stuhr: Nicht. Was in meinem Büro geschehen ist, ist auch durch meine Hände gelaufen, wäre auch durch meine Hände gelaufen. Dies sind Details, die ich nicht mehr präsent habe, tut mir leid.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Können Sie sich noch daran erinnern, ob Sie vor oder auch nach der Entscheidung von Albrecht aus dem Februar 77 auch mal mit handelnden Personen vor Ort gesprochen haben, also mit Kommunalpolitikern - neben Herrn Grill jetzt -, mit Bürgermeistern, Landgemeindebürgermeistern?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe vor Ort mit Grill gesprochen, aber erinnere mich an keine Gespräche, außer von Grill sozusagen, mit der Kommunalverwaltung.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Und vor der Standortbenennung sind Ihnen auch keine Gespräche bekannt?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen aus der Unionsfraktion? - Das ist nicht der Fall. Dann geht das Frage-recht jetzt die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD): Das kam jetzt etwas überraschend.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, Herr Edathy, so bin ich. Bitte schön.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Stuhr, der Name Grill ist ja gerade gefallen. Welche Rolle hat denn Herr Grill damals in dem Pro-zess für die Entscheidung bezüglich der Un-tersuchung von Gorleben gespielt?

Zeuge Klaus Stuhr: Können Sie das bitte noch mal wiederholen? Das habe ich akus-tisch nicht verstanden.

Sebastian Edathy (SPD): Welche Posi-tion und welche Rolle hat Herr Grill in dem Verfahren, das dann am Ende dazu geführt hat, sich zu konzentrieren auf die Untersu-chung des Salzstocks bei Gorleben?

Zeuge Klaus Stuhr: Herr Grill war an dem Projekt sehr interessiert, und er hat seinen Einfluss geltend gemacht, das Projekt dort zu realisieren.

Sebastian Edathy (SPD): Ich habe das Letzte nicht verstanden, Entschuldigung.

Zeuge Klaus Stuhr: Herr Grill war an dem Projekt sehr interessiert.

Sebastian Edathy (SPD): In welcher Hinsicht interessiert? Fachlich oder regional-politisch?

Zeuge Klaus Stuhr: Vor allen Dingen re-gionalpolitisch, fachlich aber auch. Da habe ich in beiden Positionen Gespräche mit ihm gehabt. Und so war auch sein Engagement.

Sebastian Edathy (SPD): Vielleicht kön-nen Sie das ein bisschen beschreiben. Was heißt denn „regionalpolitisch interessiert“?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, worüber redet man, wenn man über die Etablierung eines Projekts dieser Größenordnung spricht? Man redet natürlich - ohne dass das eine Priorität wäre, die ich mache - über die Auswirkungen eines solchen Projektes in regionalpolitischer Sicht, in der Richtung Akzeptanz desselben in der Region. Über diese beiden wesent-lichen Punkte haben wir also eingehend dis-kutiert.

Sebastian Edathy (SPD): Kann man das so verstehen, dass Herr Grill aktiv geworben hat, dass man sich für Gorleben entscheiden sollte?

Zeuge Klaus Stuhr: Er hat sich mir ge-genüber sehr interessiert gezeigt. Ob das nun in eine Werbung weitergerückt ist, das lasse ich mal dahingestellt.

Sebastian Edathy (SPD): Es gibt fol-gende Unterlage, das ist die Studie von Herrn Dr. Tiggemann, das ist MAT A 93, Seite 24. Da gibt es eine Fußnote in der wis-senschaftlichen Arbeit von Herrn Tiggemann. Da bezieht sich Herr Dr. Tiggemann auf ein Zeitzeugengespräch, was er mit Ihnen ge-führt hat. Ich zitiere Herrn Dr. Tiggemann:

Im Zeitzeugengespräch am
24.03.2010 erwähnte Stuhr

- also Sie -

ohne eine genaue Zeitangabe, dass ihm die Kommunalpolitiker aus Lüchow-Dannenberg wegen der mit dem NEZ verbundenen Chancen „unablässig im Genick“ saßen. Kurt-Dieter Grill bezeichnete der Beamte im Nachhinein als „nachdrücklichen Befürworter der gesamten Anlage“.

Können Sie sich erinnern, dass Sie das so geäußert haben gegenüber Herrn Dr. Tiggemann?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein, das tut er nicht!)

Zeuge Klaus Stuhr: Können Sie bitte noch mal sagen, was - -

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie das bestätigen? Also hat Herr Tiggemann Sie da richtig wiedergegeben?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, natürlich. Was Tiggemann schreibt, bestätige ich hiermit.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. - Wie ist denn das zu verstehen: „unablässig im Genick sitzen“?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, mein Gott, das ist ein Ausdruck, den man pflegt, wenn man zusammensitzen würde und über ein Projekt spricht. Das ist nicht ein Ausdruck, der auf die Waagschale zu legen ist.

Sebastian Edathy (SPD): Aber das ist schon ein sehr drastischer Ausdruck.

Zeuge Klaus Stuhr: Das ist deutlich, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Also, wenn mir jemand unablässig im Genick sitzt, -

Zeuge Klaus Stuhr: Aber ja, ich bitte Sie.

Sebastian Edathy (SPD): - dann ist das - - Ja, wie soll man das interpretieren?

Zeuge Klaus Stuhr: Entschuldigen Sie, wenn man freundschaftlich mit anderen zusammensitzt und redet mehrere Stunden über ein bestimmtes Thema - -

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Hat Herr Grill darauf gedrängt, dass man sich für Gorleben entscheidet für die Endlagersuche?

Zeuge Klaus Stuhr: Herr Grill hat immer gesagt und betont, dass er an diesem Projekt interessiert sei und dass er dies für ein gutes Projekt für die Region - -

Sebastian Edathy (SPD): Und er war interessiert aus welchen Gründen?

Zeuge Klaus Stuhr: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Aus welchen Gründen war er interessiert?

Zeuge Klaus Stuhr: Das habe ich doch eben schon erwähnt: regionalpolitische Gründe natürlich.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, was heißt denn das? Arbeitsplätze für Lüchow-Dannenberg?

Zeuge Klaus Stuhr: Verzeihen Sie bitte, ein solches Projekt dieser Größenordnung und mit diesen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ist natürlich ein Projekt, das interessant ist für einen Kommunalpolitiker.

Sebastian Edathy (SPD): Hat das eine Rolle gespielt, dass es da eine Region gab in Niedersachsen, wo die Leute sich gesagt haben: „Wir gehen auf die Straße und demonstrieren, wenn ihr uns ins Visier nehmt“?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Sebastian Edathy (SPD): Das hat keine Rolle gespielt?

Zeuge Klaus Stuhr: Entschuldigen Sie, ich verstehe Sie sehr schlecht, ich bitte um Nachsicht.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das geht uns genauso!)

Sebastian Edathy (SPD): Ich darf es noch mal anders formulieren: Hat das Werben von Herrn Grill für Lüchow-Dannenberg als Untersuchungsraum - konkret Gorleben - Auswirkungen gehabt auf die Entscheidung, Gorleben zu untersuchen?

Zeuge Klaus Stuhr: Die Ausführungen von Herrn Grill haben darauf keinen ausdrücklichen Einfluss gewonnen.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt, er hat Ihnen unablässig im Genick gesessen, aber Sie haben sich da nicht beeinflussen lassen.

Zeuge Klaus Stuhr: „Mir unablässig im Genick sitzen“ ist kein auf die Waagschale zu legenden Wortlaut. Ich bitte Sie um Nachsicht. Das ist, glaube ich, nicht die Art, wie wir uns darüber unterhalten haben. Ich wiederhole: Grill war an dem Projekt außerordentlich interessiert, was ich auch verstanden habe. Welche Auswirkungen sein Tun auf die Realisierung des Projekts gehabt hat, ist nicht wägbare.

Sebastian Edathy (SPD): Ich darf Ihnen folgenden Vorhalt machen: Das ist MAT B 21, Paginierung 23. Das ist ein Vermerk eines Referenten aus der Staatskanzlei Niedersachsen vom 14.04.1977, ein Herr Schwope. Er bezieht sich auf ein Pressegespräch, was kurz vorher stattgefunden hat, und er gibt die Haltung des damaligen Ministerpräsidenten wie folgt wieder:

Zeuge Klaus Stuhr: Welcher ist das?

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Albrecht.

Habe Ministerpräsident Dr. Albrecht erklärt, die Entsorgungsanlage werde entweder bei Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut.

Zitat Ende. War das damals, Anfang 77, die Position von Albrecht: entweder Gorleben oder gar nicht in Niedersachsen?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich kenne die Position von Albrecht nicht in dieser Form, habe auch mit ihm nie darüber gesprochen und erkläre, dass dieser Ausspruch von Albrecht ein solcher ist und nicht mehr.

Ute Vogt (SPD): Ich hätte noch mal eine Frage auch zu dem Auswahlkriterium, weil Sie gerade sagten, das Drängen von Herrn Grill war am Ende nicht das Entscheidende. Aber wir hatten ja vorhin schon mal darüber gesprochen, dass einer der Remmers-Brüder aktiv verhindern wollte, dass im Emsland weitergesucht wird. Darauf ist man dann schon eingegangen, oder? Oder war das auch nicht entscheidend, dass der Abgeordnete Remmers sich so - -

Zeuge Klaus Stuhr: Entscheidend für die Nichtweilersuche?

Ute Vogt (SPD): Für die Nichtweilersuche.

Zeuge Klaus Stuhr: Entscheidend für die Nichtwahl dieses möglichen Standortes war die Nähe des Truppenübungsplatzes.

Ute Vogt (SPD): Sie meinen also nicht, dass das Engagement des Abgeordneten da eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, nein, ganz eindeutig nein.

Ute Vogt (SPD): Ich wollte noch mal fragen: Haben Sie selbst in dem Zusammenhang Endlagersuche auch mit Vertretern der Wirtschaft Kontakt gehabt, also Gespräche geführt?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, bei der Realisierung oder bei dem Versuch der Realisierung eines solchen Projektes spricht man natürlich - ich jedenfalls tue das - mit jedem, der dazu beitragen kann, zu klären, ob und wie dieses Projekt zu realisieren ist. In diesem Sinne habe ich natürlich auch mit der Wirtschaft gesprochen.

Ute Vogt (SPD): Können Sie uns sagen, mit wem Sie da Kontakt hatten, also jetzt zum Beispiel vonseiten der Energieversorgungsunternehmen?

Zeuge Klaus Stuhr: Natürlich. Energieversorgung war ja der gefragte Bereich. Selbstverständlich habe ich mit denen Gespräche geführt.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie da noch Namen?

Zeuge Klaus Stuhr: Das habe ich getan bei jeder Realisierung eines Projekts.

Ute Vogt (SPD): Das ist ja nichts Vorwerfbares.

Zeuge Klaus Stuhr: Aber das scheint ja vorwerfbar zu sein aus Ihrer Perspektive.

Ute Vogt (SPD): Nein, wir sind ja nur auf der Suche - -

Zeuge Klaus Stuhr: Das ist ein völlig normaler Vorgang.

Ute Vogt (SPD): Ich finde den Vorgang auch normal, dass man sich auch mit Praktikern unterhält. Trotzdem sind wir ja auch auf der Suche nach Namen, über die wir vielleicht zum Beispiel mehr rausfinden können: das Gespräch Leisler Kiep mit der Industrie. Und insofern: Wenn wir von Ihnen zum Beispiel einen Namen hätten von jemandem, der damals Gespräche geführt hat vonseiten der Energieversorger, wäre es für uns eine

weitere Möglichkeit, diesen zu befragen. Das ist der Hintergrund. Das ist nicht vorwerfbar, wenn man mit der Industrie spricht.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, sehe ich auch so.

Ute Vogt (SPD): Es war nur die Frage, ob Sie sich noch erinnern an einen Namen vielleicht.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich erinnere mich an die Geschäftsführung und den Vorstand. Jetzt muss ich scharf nachdenken. Der Name fällt mir nicht ein; der ist vor drei, vier Wochen gestorben. Vielleicht sagt Ihnen das was. Ich komme nicht - - Ich nenne den Namen, er fällt mir gleich ein.

Ute Vogt (SPD): Ja, gut. Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Stuhr, ich muss da nachfragen, weil Sie vorhin gesagt haben, Sie wüssten nicht, wie 1977 die Position des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Albrecht gewesen sei. Sie waren doch der federführend zuständige Mitarbeiter im Ministerium. Sie waren Leiter der Arbeitsgruppe. Wie kann das denn sein, dass Sie - -

Zeuge Klaus Stuhr: Entschuldigen Sie, ich habe gesagt, ich kenne die Position des Ministerpräsidenten, was die Realisierung des Projekts in Gorleben anbetrifft. Ich kenne nicht die von Ihnen behauptete Position: wenn nicht in Gorleben, dann nirgendwo.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Was war denn die Position von Herrn Albrecht?

Zeuge Klaus Stuhr: Realisierung in Gorleben.

Sebastian Edathy (SPD): Ah ja. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen aus der SPD? - Nein. Dann geht das Fragerecht an die FDP-Fraktion. Bitte.

Angelika Brunkhorst (FDP): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Stuhr, wir hatten ja vorhin schon erörtert, dass Sie sich sehr wohl daran erinnern, dass dieses nu-

kleare Entsorgungszentrum eine allumfassende Bearbeitung und Konditionierung und Lagerung beinhaltete, und es kam ja nicht zu diesem nuklearen Entsorgungszentrumskonzept, sondern man wich ja da davon ab, es hat ja auch Proteste gegeben. Können Sie sich noch daran erinnern, wie dieser, sagen wir mal, Meinungsumschwung sich gestaltete, was die Auslöser waren, dass man hinterher das nicht mehr verfolgte?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich glaube, das Ursprungskonzept, das vom BMFT entwickelt worden ist und auch für eine Realisierung in Gorleben vorgeschlagen worden ist, dass dieses umfassende, allumfassende Konzept des nuklearen Entsorgungszentrums - ich habe den Eindruck, dass Sie das meinen - in der Realisierung, in der integrierten Realisierung zu groß, zu umfangreich war. Die Industrie hat ja, wenn ich das richtig vernommen habe, von dieser Planung sehr rasch Abstand genommen, und wir haben eigentlich dieses NEZ nie wieder erörtert. An mich ist es herangetragen worden vom BMFT und, soweit ich das erinnere, auch im politischen Rahmen erörtert worden. Dabei ist herausgekommen die Reduzierung, Beschränkung zunächst mal auf das, worüber wir jetzt reden.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank. - Können Sie sich noch an - - Mein Kollege Herr Pols hatte ja eben auch schon gefragt, wie die Öffentlichkeitsinformation, die Öffentlichkeitsarbeit betrieben wurde. Können Sie sich an die Vorbereitung dieses Gorleben-Hearings erinnern? Waren Sie da mit involviert?

Zeuge Klaus Stuhr: Das Gorleben-Hearing? Können Sie mal definieren, was Sie damit meinen? Es hat mehrere Hearings gegeben. Meinen Sie das Gorleben-Hearing, das Albrecht durchgeführt hat?

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. Es hat ja im Jahre 79 ein großes, internationales Hearing gegeben, -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): - und das war ja etwas Neues, etwas Einzigartiges, -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): - und es hat ja auch sehr viel internationale Beachtung erfahren.

Zeuge Klaus Stuhr: Richtig. Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir hatten ja schon viele Zeugen vor Ihnen hier, und insbesondere auch die naturwissenschaftlich professionell - - Ich sage jetzt mal: Die, die von der Profession her naturwissenschaftlich sozusagen Experten sind, haben doch gesagt, dass man für die damalige Zeit doch eine sehr gute und auch detaillierte Öffentlichkeitsarbeit betrieben hat. Man hat also Bohrerergebnisse sozusagen öffentlich dargestellt, es hat also sehr viele Fachveranstaltungen auch gegeben. Können Sie sich überhaupt daran erinnern, dass Sie da mal eingeladen wurden, oder haben Sie es zumindest aus der Presse erfahren? Wie würden Sie denn im Zusammenhang all dieser Bestrebungen die Öffentlichkeitsarbeit überhaupt einschätzen?

Zeuge Klaus Stuhr: Die Öffentlichkeitsarbeit ist ja nicht im MW gemacht worden, sondern im Wesentlichen in der Staatskanzlei. Ich persönlich - das mag aber an meiner mehr oder weniger intimen Kenntnis des Projektes liegen - habe sie als positiv empfunden.

Angelika Brunkhorst (FDP): Es wurde ja auch immer wieder diskutiert, dass die Auswahl, die Vorauswahl für einen vorläufigen Untersuchungsstandort Gorleben - - dass man dort, sagen wir mal, doch eher politisch entschieden hat, dass man einen gewissen Sicherheitsrabatt gegeben hat und dass das eine sehr stark politisch motivierte Entscheidung war. Können Sie sich noch daran erinnern, inwieweit, sagen wir mal, die Kontakte zum Bund, also die Gespräche mit Vertretern der Ministerien von Bundesebene, auf diesen Entscheidungsprozess eingewirkt haben? Es hat ja mehrere Gespräche auch sicherlich gegeben zwischen der Landes- und der Bundesebene. Können Sie sich da an irgendwelche Informations- oder Austauschgespräche erinnern, und wie sind die verlaufen?

Zeuge Klaus Stuhr: Es hat natürlich Informations- und Austauschgespräche mit der Bundesregierung, insbesondere mit dem

BMFT, gegeben, die ich selber geführt habe; einen Namen habe ich ja schon genannt. Ich sage mal: Stil und Inhalt der Gespräche habe ich als außerordentlich positiv und hilfreich empfunden. Aber das ist jetzt meine Ebene.

Angelika Brunkhorst (FDP): Inwieweit waren Sie denn auch, sagen wir mal, in die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse mit involviert? Haben Sie sich selbst ein Urteil gebildet über die, sagen wir mal, Eignungshöflichkeit? Dieser Begriff „Eignungshöflichkeit“ - ich weiß nicht, ob der hier heute überhaupt schon angesprochen wurde -, das war ja ein zentraler Begriff, dass man gesagt hat: Wir wollen als einzigen Standort Gorleben untertägig untersuchen, weil wir von einer grundsätzlichen Eignungshöflichkeit ausgehen können. - Können Sie zu diesem Begriff und zu der Haltung, die dahinter steht, etwas sagen?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, gut. Dann habe ich zunächst mal keine Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht hat nun die Linke.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Stuhr, mir ist jetzt noch nicht ganz klar - vielleicht haben Sie es anfangs schon gesagt -: Der Herr Kurt-Dieter Grill war ja Landtagsabgeordneter in den 70er-Jahren. Wissen Sie genau, ab wann der dabei war?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber als Sie dort angingen, war der schon Abgeordneter?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das heißt, Sie hatten ja schon 76 mit ihm Kontakt.

Zeuge Klaus Stuhr: Das kann 76 gewesen sein. Das kann ich beim besten Willen nicht erinnern, wann das war.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. Sie haben ein Gespräch mit Kurt-Dieter Grill geführt am 22.06.76.

Zeuge Klaus Stuhr: Wer? Ich?

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich sage es mal für die anderen - ich werde Ihnen gleich helfen, was da Thema war -: Das ist MAT A 102, Band 2, P 0101. Und da hat Sie - da gibt es so eine Aktennotiz - Herr Grill wollte da von Ihnen den Sachstand zum Entsorgungszentrum - NEZ hieß das ja - erfahren. Sie waren ja damit betraut, Sie hatten die Kompetenz dafür, und er kam zu Ihnen, um Sie zu fragen: Na, wie steht es denn da jetzt? - Erinnern Sie sich da irgendwie dran, dass da Fragen kamen, wie weit die Sache gediehen ist? Das ging ja - - Das war ja schon ein ganz langer Prozess gewesen, die Suche nach einem Standort. Hat er da schon Lüchow-Dannenberg als möglichen Standort ins Spiel gebracht?

Zeuge Klaus Stuhr: Zu dem Zeitpunkt, zu dem ich mit Grill gesprochen habe, war zeitgleich sozusagen das Thema Gorleben natürlich auf der Tagesordnung. Ob da ein Zusammenhang besteht, ist eine ganz andere Frage. Zeitgleich war - - In der Tat haben Gespräche mit Grill stattgefunden und auch das Projekt ist vorangebracht worden.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. Dann wollte ich gern wissen: Sie sind laut einem Sprechzettel für die Kabinettsitzung am 14.12. - das war dann der Dezember 76; macht ja nichts, aber für die anderen jetzt noch mal: MAT E 6, Band 19, P 226 bis 227 -, da sind Sie vom Kabinett ermächtigt worden, also Sie hatten die Aufgabe, die offenen Fragen mit den nachgeordneten Behörden zu klären. Das war Ihr Job.

Zeuge Klaus Stuhr: Das war neben anderen auch mein Job, ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Auch Ihr Job. - Und dabei sind Sie jetzt ganz besonders darauf hingewiesen worden, oder da gab es besondere Spielregeln, da sollte Vertraulichkeit gewahrt bleiben. Diese Regel, darüber jetzt nur ganz vertraulich damit umzugehen: Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Klaus Stuhr: Sie müssen sich das schlicht so vorstellen, dass man zu zweit oder zu dritt ein Gespräch führt zu einem Thema X und dass man im Verlauf dieses Gespräches zu dem Ergebnis kommt: Das wollen wir erst mal sehen, dass wir es weiterbringen. Und warum wir das nicht dahin gebracht haben, wo wir es hinhaben wollen, reden wir nicht darüber. - Für mich ein ganz normaler Vorgang ohne jeden politischen Hintergrund.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut. - Und das waren mit nachgestellten Behörden so Sachen, die so geklärt werden mussten, also die offenen Fragen. Es gab ja Probleme, weil eine Konzession vergeben war an die Firma Preussag und Brigitta Elwerath, BEB, und die hatten die Schürfrechte für das Gas unter Gorleben.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Mit denen haben Sie dann auch ein Gespräch geführt, dass das ad acta gelegt wird? Weil es geht ja nicht gleichzeitig: Gas fördern und das zweite Projekt.

Zeuge Klaus Stuhr: Das war ein Gespräch, glaube ich - das weiß ich aber nicht genau -, mit dem Verband der Gaserzeuger, mit dem Ergebnis.

Johanna Voß (DIE LINKE): Mit dem Ergebnis. - Und auch mit dem niedersächsischen Landesamt für Bodenkunde wurde ein Gespräch geführt. Was haben die dazu gesagt?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, sie haben mir jedenfalls kein Votum abgeben, das Projekt nicht zu realisieren. Das ist sicher.

Johanna Voß (DIE LINKE): Richtig. Ich erinnere mich da, dass es da unterschiedliche Auffassungen gab, ob man jetzt direkt einlagert, also bergmännisch einlagert, oder ob man Kavernen anlegt zum Einlagern. Erinnern Sie sich daran, dass das auch Thema gewesen ist?

Zeuge Klaus Stuhr: Darüber ist auch gesprochen worden neben vielen anderen Themen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Wissen Sie da, wer da welche Position vertreten hat? Was war die Position des Ministeriums?

Zeuge Klaus Stuhr: Wissen Sie, ich habe im Zusammenhang mit diesem Projekt über Jahre hinweg Hunderte von Gesprächen geführt. Ich habe keine Gelegenheit gehabt, in die Akten hineinzugucken, wann die hier im Haus waren. Ich kann nicht alles im Kopf behalten, was Sie da sagen, völlig unmöglich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, vielleicht zu weit - -

Zeuge Klaus Stuhr: Völlig unmöglich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. Aber haben Sie auch mit dem - -

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe versucht, Unterlagen zu bekommen vor diesem Gespräch. Ich konnte an die Akten nicht herankommen. Ich will nicht sagen, warum nicht. Also, das sind schon erstaunliche Wendungen des Gesprächs hier.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist blöd. - Bei dem Gespräch mit dem Landesamt für Bodenkunde - jetzt mal ein anderer Aspekt - haben Sie da auch über geologische Probleme - weil Gorleben ja nicht Erdbebenzone 0, sondern 1 war - - Alle anderen Standorte, die in die nähere Auswahl vorher mal gekommen waren, -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): - waren bei 0 gewesen, Gorleben bei 1. Oder das Problem überhaupt mit Erdgas. Und da muss man ja noch die DDR-Seite betrachten. Ist das da auch besprochen worden?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe mit der DDR nicht gesprochen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Nein, ich meine aber, das niedersächsische Landesamt muss ja das - - Da muss ja irgendwie was in die Richtung passiert sein, also das Vorhandensein von diesem Gas und auch, dass auf der DDR-Seite ja danach intensiv gebohrt wurde.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, das war - - Also, das Gas ist unstrittig.

Johanna Voß (DIE LINKE): Richtig. Es gab ja eine große Bohrung - 3 500 Meter tief -, die ja auch schon bekannt war.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Wie wurde das diskutiert?

Zeuge Klaus Stuhr: Da ist die Frage erörtert worden: Ist das ein Prohibitivum für Gorleben?

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Klaus Stuhr: Natürlich. Das war der Sinn des Gesprächs oder der Gespräche.

Johanna Voß (DIE LINKE): Und das Ergebnis war: Das hindert nicht?

Zeuge Klaus Stuhr: Bitte?

Johanna Voß (DIE LINKE): Das Ergebnis war ja dann positiv.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das verstehe ich nun nicht. Wie konnte das positiv gedreht werden? Also, den Clou habe ich da nicht.

Zeuge Klaus Stuhr: Einer der beiden musste auf das Prohibitivum verzichten, auf den Einwand verzichten.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ach so. - Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit geht das Frage-recht jetzt an die Grünen. Herr Kollege Wieland, wenn Sie freundlicherweise jetzt noch mal den Nachtrag liefern würden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Er wurde zu den Akten genommen, wie sich das bei einer ordentlichen Fraktion gehört. Aber nun habe ich ihn. Das war der Vorhalt, den meine Kollegen vor der Pause gemacht haben. Der bezog sich auf folgenden Satz aus der Studie von Herrn

Tiggemann, die hier schon mehrfach erwähnt wurde, Expertise zur Standortvorauswahl, Seite 47. Und da heißt es:

Den Ausschlag für den Salzstock Gorleben gaben nach Stuhrs Erinnerung insbesondere die Größe (40 qkm), die Lage (Salz in der Tiefe von 300 bis 3 500 Meter) und die Unverritztheit des Salzstockes.

Keine Fußnote nach diesem Satz, sodass man daraus schließen muss, dass er aufgrund eines Zeitzeugengesprächs mit Herrn Stuhr geführt wurde. Das ist sozusagen der Nachtrag zu der Sitzung vor der Pause.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist nicht das, was Frau Kotting-Uhl gesagt hat!)

- Kann ich nicht beurteilen. Sie wissen, ich war nicht dabei. Ich habe es wunschgemäß und auftragsgemäß hier nachgetragen. Die streitige Auseinandersetzung führen Sie doch dann mit Frau Kotting-Uhl; das scheint schon eingespielt zu sein, Herr Grindel.

So. Jetzt habe ich eine Frage an Sie, Herr Stuhr. Habe ich das eben richtig verstanden, dass Sie Unmut darüber geäußert haben in Bezug auf die Frage der Kollegin von der Linkspartei und gesagt haben, man habe Sie nicht in Vorbereitung dieser Zeugeneinvernahme in Unterlagen sehen lassen? Habe ich das so richtig eben mitbekommen?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich hätte gerne, bevor ich hier erscheine, mich in die Lage versetzt, etwas besser die Ereignisse der Vergangenheit in mein Gedächtnis zurückzuholen; das muss ich sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie sind ja auch schon 30 Jahre und länger her.

Zeuge Klaus Stuhr: Etwas länger, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An wen haben Sie sich denn da gewandt mit diesem Begehr?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe mich zunächst an die Behörde gewandt, die über die Akten verfügt, nämlich das Wirtschaftsministerium, aus dem ich komme. Da ist mir mitgeteilt worden, die Akten seien nicht verfügbar, weil sie in diesem Hause seien.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und man hat keine Doppel gefertigt?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, das macht man doch nicht. Also, Entschuldigung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Retent. Man weiß ja nie, ob sie auf dem Weg vernichtet werden oder - -

Zeuge Klaus Stuhr: Sie können nicht Retenten über was weiß ich wie viele Bände führen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie dann hier mal gefragt, ob Sie die Gelegenheit haben?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich bin zu diesem Termin in der letzten Woche geladen worden, nicht früher und nicht später, -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da war nicht viel Zeit.

Zeuge Klaus Stuhr: - sodass ich keine Möglichkeit hatte, in die Akten reinzugucken, auf welchem Umwege auch immer, und auch kaum Möglichkeit hatte, mich selber mit dem wenigen, was ich habe, vorzubereiten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das leuchtet mir jedenfalls ein.

Zeuge Klaus Stuhr: Das möchte ich gerne mal in aller Deutlichkeit sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Umso dankbarer sind wir, dass Sie dennoch Ihre Erinnerung strapazieren. Und dabei will ich jetzt gerne weitermachen und frage Sie: Am 16. November 1976 wurde nach unserer Kenntnis durch einen Beschluss des niedersächsischen Kabinetts der IMAK beauftragt, alternative Standorte zu prüfen. Wissen Sie, wie der Auftrag war an den IMAK, und haben Sie dabei eine Rolle gespielt?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf beides nein?

Zeuge Klaus Stuhr: Auf das Zweite nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wissen Sie, wie der Auftrag war?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, weiß ich nicht mehr, beim besten Willen nicht. Das ist mehr als 20 Jahre her.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, 30 Jahre, wenn ich rechnen kann.

Zeuge Klaus Stuhr: 30 Jahre ist das her.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, noch mal: Niemand verlangt Unmögliches von Ihnen.

Zeuge Klaus Stuhr: Im Augenblick tun Sie es.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage ja nur, ob Sie, Herr Zeuge, eine Erinnerung haben. Und wenn Sie sagen: „Ich habe keine“, habe ich dafür sogar vollstes Verständnis.

Zeuge Klaus Stuhr: Wunderbar.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denn mir fällt es auch schwer, mich an Vorgänge aus dem Jahr 76 zu erinnern, gebe ich gerne zu. So. Aber uns bleibt ja wenig übrig, als Sie danach zu fragen; denn das ist hier der Untersuchungsgegenstand.

Deswegen möchte ich Ihnen Folgendes mal vorhalten. Vielleicht kommt ja dann die Erinnerung; das ist ja manchmal so. Das ist MAT A 102, Band 7, Seite 103 und 104. Da ist die Rede von dem Kabinettsbeschluss vom 16.11.1976, und da steht zunächst:

Gegenüberstellung der aus Sicht des Landes in Betracht kommenden Standorte unter Einbeziehung der bisherigen 3, zuzüglich Lüchow-Dannenberg zuzüglich weiterer.

Dann kommt 1.2:

Hierzu erforderliche Vorprüfung streng vertraulich, nur ressortintern, ohne Kommunen.

Dann 1.3:

Kabinettsvorlage soll keinen Entscheidungsvorschlag, vielmehr eine objektive, synoptische Gegenüberstellung der Voraussetzung enthalten.

Dann 1.4:

Kabinetts wird politisch

- „politisch“ unterstrichen -

Vorentscheidung treffen.

Wie ist das denn Ihres Erachtens zu verstehen „politisch Vorentscheidung“, nach welchen Kriterien, und was ist das Politische an einer solchen Entscheidung?

Zeuge Klaus Stuhr: Das Politische dieser Entscheidung war: Es ist keine administrative Entscheidung. Das nennen wir politisch. Das heißt, die Entscheidung trifft zum Beispiel der Regierungschef. Das ist die politische Entscheidung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in dem Sinn entscheidet doch ein Kabinetts immer politisch; denn da sitzen die Minister und der Ministerpräsident.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja. Und solche politischen Entscheidungen kann man weitergeben, oder man kann sie auch nicht weitergeben. Und bei dieser war es aber so, dass sie nicht weitergegeben wurde.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also wurde hier noch mal die pure Selbstverständlichkeit unterstrichen, reingeschrieben. So. Und dann geht es weiter - ich überspringe jetzt ein paar Sachen -: „Vorschlag MW für Vorgehen“. Das sind dann Sie, -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und da kommt irgendwann mal unter 3.4:

KEWA hat diesen Gedanken aufgegriffen, aus ihrer Sicht untersucht und einige, vor allem Lüchow-Dannenberg, für gut befunden.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann 3.5:

MW ermittelt rein theoretisch weitere Standorte (3 + L/D + X) auf der Basis folgender Grunddaten:

Was heißt denn „rein theoretisch“ in dem Zusammenhang?

Zeuge Klaus Stuhr: „Rein theoretisch“ in dem Zusammenhang heißt: Man wollte durch Untersuchungen dieser Art Vergleichsmöglichkeiten haben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, war denn nicht alles bis dahin rein theoretisch, oder hat man bis dahin schon mehr gemacht als rein theoretisch Standorte durchgespielt?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, aber in unterschiedlicher Priorität natürlich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage mal, man könnte es ja auch so lesen - ich will es gar nicht tun -, dass die einen Standorte präferiert werden und die anderen rein theoretisch noch dazukommen, damit man sagen kann: Die Auswahl ist größer. - Aber das sind rein theoretische Standorte? Kann man das so auch verstehen?

Zeuge Klaus Stuhr: Kann man so verstehen, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann fällt mir noch auf als Letztes, wo für die nächste Sitzung gesagt wird: Am 22.11., 14.30 Uhr nächste Sitzung, hierbei erstens Diskussion der Liste, zweitens Festlegung eines Kriterienkataloges mit den Kriterien aller Ressorts.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das nicht eine falsche Reihenfolge? Müsste man nicht erst die Kriterien festlegen und dann anhand dieser Kriterien die Liste diskutieren?

Zeuge Klaus Stuhr: Bin ich gerne bereit zu konzedieren.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Meine Zeit ist jetzt auch um, und so schlimm war es doch gar nicht mit der Befragung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Das beurteilen wir dann zum Schluss. - Das Fragerecht geht jetzt bei der nächsten Berliner Runde wieder an die Unionsfraktion. Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, Frau Vorsitzende, vielen Dank. - Herr Stuhr, ich möchte noch mal auf das Verhältnis zu Herrn Grill zurückkommen, was ja auch hier von den Vertretern der Opposition immer wieder thematisiert wird. Ich habe hier einen Vermerk; das ist MAT A 102, Band 2, Paginierung 102. Das ist eine Vorlage, die Herr Schulz-Kuhnt dem Staatssekretär Dr. Röhler am 15. Juni 1976 gemacht hat, und darin informiert er den Staatssekretär, dass der Abgeordnete Grill sich über Standorte der geplanten Kernkraftwerke, Errichtung der Entsorgungsanlage und Lagerung von Kernabfall in Salzstöcken informieren möchte und dass an dem Gespräch teilnehmen sollten die Herrn Ministerialräte Schmoe, Stuhr und ein weiterer Vertreter eines Referats. Und darauf ist dann handschriftlich ein Vermerk von Herrn Schulz-Kuhnt mit Datum 22.06.; das ist also der Tag, an dem das Gespräch mit Herrn Grill stattgefunden hat. Und dort vermerkt er:

Besprechung hat stattgefunden. Die erbetenen Informationen erstreckten sich ausschließlich auf den Aufgabenbereich der Herren Schmoe und Stuhr. Besonderheiten ergaben sich nicht.

Deckt sich das mit Ihrer Vorstellung bzw. Ihrer Erinnerung, dass sich das, was das Verhältnis Grill als örtlicher Kommunalpolitiker und Landesregierung angeht, auf einem normalen Weg befand?

Zeuge Klaus Stuhr: Jenseits von dem, was Sie eben vorgelesen haben, bewegte sich das Verhältnis zwischen den beiden Herren in der Tat auf einem normalen Weg.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Gut. Dann reicht mir das auch schon. Danke schön. Weitere Fragen haben wir vonseiten der Unionsfraktion nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann erhält das Fragerecht die SPD-Fraktion. - Sie hat auch keine Fragen mehr. Die FDP-Fraktion? - Auch keine Fragen mehr.

Haben denn die Linken noch Fragen? - Frau Voß.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, die Linken sind voller Fragen.

Zeuge Klaus Stuhr: Das ist wahr.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr fragwürdig! - Michael Gerdes (SPD): Die werfen viele Fragen auf!)

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, wir werfen viele Fragen auf. - Da haben wir doch die Kabinettsvorlagen von November, Dezember 76 - die hatten wir jetzt schon ein bisschen - und ganz besonders dann auch noch die vom Februar 77. Die zeigen ein ganz anderes Bild, als dass nur Gorleben so richtig geeignet gewesen ist. Da war gegen Gorleben eine ganze Reihe von Ausschlusskriterien ins Feld geführt worden. Aber die haben dann alle nicht zum Ausschluss geführt, sondern zur Zustimmung. Das ist bei MAT A 52, Band 12, Seiten 26 bis 45 zu sehen. Neben der Lage direkt unter der DDR-Grenze - an und unter, der Salzstock ist ja an der - - Das war so ein Punkt. Kennen Sie noch, dass Lüttau auch ein Standort war? Lüttau, auch an der DDR-Grenze. In Schleswig-Holstein war das gewesen, also noch ein ganz frühes Stadium. Da hat genau die Grenzlage zum Ausschluss geführt.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja. Ich glaube, das war so, ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das war so, ja.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Können Sie mal sagen, was dann der - - Also, bei Gorleben wurde dann ein anderes Maß angelegt, oder wie kann ich das verstehen? Bei Lüttau ist das ein Ausschluss, und in Gorleben ist das - -

Zeuge Klaus Stuhr: Wo liegt dieser Standort, den Sie eben erwähnt haben? Den kenne ich nicht.

Johanna Voß (DIE LINKE): In Schleswig-Holstein, an der Grenze.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

(Eckhard Pols (CDU/CSU):
20 Kilometer von Hamburg weg!)

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. Aber in Lüttau war es, glaube ich, auch die Lage, die Grenzlage, die zum Ausschluss geführt hat. - Dann waren konkurrierenden Rohstoffe. Die galten auch immer schon als Ausschlusskriterium, also ganz unabhängig davon, welche weiteren Gefahren mit Erdgas verbunden sind. Und auch so was wie Landschaftsschutz und Trinkwassergebiete waren ja Ausschlusskriterien. In Gorleben war das alles nicht, obwohl das ein Landschaftsschutzgebiet ist und auch ein Wassergewinnungsgebiet.

Und dann war da noch ein Problem, und das wäre mal die Frage: Es ist der Flugkorridor Hamburg/Berlin. Der läuft direkt über den Standort. Haben Sie das damals auch irgendwie ausräumen können als Problem? Also, wurde das auch in einem vertraulichen Gespräch ausgeräumt oder thematisiert in einer Runde?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, nicht alle Aspekte, die Sie eben erwähnt haben, schienen so brisant zu sein, dass sie in Runden sozusagen erörtert worden sind. Einige sind ausgeschlossen worden als nicht so relevant, um dieses Projekt zu verhindern.

Johanna Voß (DIE LINKE): Dazu müssen dann alle die gehört haben, die ich jetzt genannt habe. Alle nicht so relevant?

Zeuge Klaus Stuhr: Warum?

Johanna Voß (DIE LINKE): Gorleben ist ja ausgewählt worden.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. Dann war das alles nicht so relevant. Oder gab es irgendwas, was relevant war, was als Problem blieb? - Es war noch ein Problem: Die Tiefenlage der Salzstockoberfläche lag nicht in dem gewünschten 300- bis 500-Meter-Bereich. Das war ja gewünscht worden. Der sollte ja eine bestimmte Tiefe haben, auch wegen des Abschlusses von der Oberfläche. Erinnern Sie sich, wie das in Gorleben war mit dem Salzstock, wie tief der unter der Erdoberfläche ist?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Der ist nur 150 bis 200 Meter unter der Oberfläche. Das war eigentlich ein Ausschlusskriterium.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, mag sein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Mag sein?

Zeuge Klaus Stuhr: Kann ich nicht nachvollziehen. Die Entscheidung ist dann gleichwohl für Gorleben gefallen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Und bei den Ausschlusskriterien, da gab es ja einige. Aber alles, was so die Geologie betrifft: Können Sie mir sagen, welche Rolle das gespielt hat bei den Ausschlusskriterien oder bei den Auswahlkriterien?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, kann ich nicht.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gar nicht? Es ist kein Wunder, dass Sie das nicht können, weil das gar keine Rolle gespielt hat am Anfang. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Geologische Fragen haben keine Rolle gespielt? Gar keine Rolle?

Zeuge Klaus Stuhr: Was mich betrifft, ja, was die Arbeitsgruppe betraf.

Johanna Voß (DIE LINKE): Was hat der IMAK weiter unternommen, um die Gasfrage schnell zu klären?

Zeuge Klaus Stuhr: Kann ich nicht sagen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Eine Klärung war im Interesse der Öl- und Gaswirtschaft, aber auch von Endlagergeologen.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich habe das alles nicht im Kopf. Also, das ist mir unmöglich, darauf plausibel zu antworten. Das habe ich nicht parat. Habe ich aber auch eingangs gesagt, dass dies ein schweres Handicap ist für mich, in dieser Runde zu bestehen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Wir hatten hier am 2. Dezember 2010 Gerhart Baum hier, den ehemaligen Innenminister, und als wir ihn mit der niedersächsischen Kabinettsvorlage vom Februar 77 und den Gasvorkommen konfrontiert haben und danach gefragt haben, ob er damals von den Gasvorkommen unter Gorleben gewusst hat, da hat er Nein gesagt. Konnte er das mit gutem Gewissen sagen?

Zeuge Klaus Stuhr: Das wird er schon. Ich glaube ihm.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben dafür gesorgt, dass er davon nichts wissen konnte?

Zeuge Klaus Stuhr: Entschuldigung, woher soll ich wissen, ob er das gewusst hat oder nicht gewusst hat?

Johanna Voß (DIE LINKE): Sie haben ja eben auch mir gesagt, dass vertrauliche Gespräche geführt wurden. Und „vertraulich“ heißt ja, das bleibt unter Ihnen. Sie haben vertrauliche Gespräche geführt mit Preussag-Elwerath, dass das Thema ausgeräumt wird und nicht thematisiert wird. Das heißt, das Wissen, das - -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja. Aber was hat das jetzt mit Herrn Baum zu tun?

Johanna Voß (DIE LINKE): Der hat ja dann der Entscheidung zugestimmt.

Zeuge Klaus Stuhr: Als was?

Johanna Voß (DIE LINKE): Dass Gorleben ein geeigneter Standort ist.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, als was? In welcher Funktion?

Johanna Voß (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Klaus Stuhr: In welcher Funktion?

Johanna Voß (DIE LINKE): Der Innenminister. Als deutscher Innenminister hat er zugestimmt. Bundesminister des Innern.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja. Also, da müssen Sie Herrn Baum fragen. Ich kann Ihnen nicht sagen, warum er zugestimmt hat.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, weil er zum Beispiel nichts von den Sachen, die gegen den Standort sprechen, wie zum Beispiel Gas, gewusst hat.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, dann war er nicht gut informiert, oder er ist nicht informiert worden.

Johanna Voß (DIE LINKE): Oder er ist nicht informiert worden?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, das ist die Frage. Wäre es nicht die Aufgabe gewesen von niedersächsischer Seite, hier mit all den Informationen offen umzugehen, um wirklich eine gute, saubere Entscheidung treffen zu können?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich glaube, das ist auch geschehen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das, glauben Sie, ist geschehen?

Zeuge Klaus Stuhr: Ja, wenn Sie jetzt Einzelpersonen herausgreifen und sagen: „Derjenige hat dieses nicht gewusst und derjenige hat das nicht gewusst“, spricht das ja nicht gegen die Annahme der Vertraulichkeit. Also da, glaube ich, sind Sie nicht auf dem richtigen Wege.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht erhalten jetzt zunächst wieder die Grünen. Bitte schön, Herr Kollege.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Fragen, danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine Fragen. - Dann schauen wir noch mal in die Runde, zur CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, wir hätten eigentlich auch keine Frage. Aber da Frau Voß mit einer Vielzahl von Unterstellungen, die schlichtweg falsch sind, gearbeitet hat, muss ich leider noch mal Herrn Stuhr die Gelegenheit geben, das klarzustellen.

Sie sind gerade gefragt worden, ob am Anfang der Arbeit im IMAK Geologie keine Rolle gespielt hat. Die Frage haben Sie zu

meiner Überraschung bejaht. Aber Sie haben doch vorhin gesagt, dass natürlich zum Beispiel die Beschaffenheit des Salzstocks, der unverritz war, die Größe des Salzstocks eine Rolle gespielt hat. Das sind doch geologische Kriterien.

Zeuge Klaus Stuhr: Eines der wesentlichen Kriterien. So ist es, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Stuhr, deswegen muss ich Sie fragen: Was ist denn jetzt gewesen? Die Kollegin Voß hat Sie gefragt, ob geologische Überlegungen keine Rolle gespielt haben. Die Frage haben Sie bejaht. Kann es sein, dass Sie die Frage akustisch nicht ganz richtig verstanden haben?

Zeuge Klaus Stuhr: Genau. Eindeutig ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was? Was ist jetzt - -

Zeuge Klaus Stuhr: Natürlich sind geologische Aspekte berücksichtigt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hätte mich auch überrascht, wenn das anders gewesen wäre. Aber deswegen musste ich mich ja nun mal melden; denn die Pressemitteilung der Linken rattert schon. Deswegen müssen wir das jetzt mal versuchen, wieder reinzuholen.

Die Kollegin Voß hat gesagt, Herr Baum habe ja dem Standort zugestimmt. Gab es irgendeine Veranlassung? Es ist doch im Bundeskabinett nicht dem Standort zugestimmt worden, sondern die Entscheidung hat doch das niedersächsische Landeskabinett getroffen, -

Zeuge Klaus Stuhr: So ist es.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - und der Bundeskanzler Helmut Schmidt hat gesagt, er ist damit einverstanden.

Zeuge Klaus Stuhr: So machen wir das, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es gab doch kein Verfahren, wo der Bund hätte zustimmen müssen. Ist das richtig?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, aber trotzdem kann man ja sagen, er hat zugestimmt. Er hat sich damit einverstanden erklärt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Auch Herr Baum? Geschrieben hat doch nur Herr Schmidt. Also, ich kenne keinen Vorgang, wo Herr Baum geschrieben hätte, dass er einverstanden gewesen sei.

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, den kenne ich auch nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Dann ist gesagt worden gerade von der Kollegin Voß, es habe sozusagen die Teufe bei 100 Metern begonnen. Das ist doch nach meiner Erinnerung nicht richtig. Das fängt doch bei 300 Metern an. Können Sie das noch erinnern, wo das anfang?

Zeuge Klaus Stuhr: Wie bitte?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können Sie noch erinnern, wo sozusagen da die Größenordnung lag?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich meine, bei 350, aber - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Darf ich nur noch mal sagen: Die Kollegin Voß hat gesagt 100 Meter; das haben Sie bejaht.

(Johanna Voß (DIE LINKE): 150!)

- Ja, aber das macht die Sache auch nicht besser, weil 150 auch nicht 300 sind; aber das ist entscheidend.

Also, noch mal zur Klarstellung: Bei 300, 350 Metern hat es gelegen?

Zeuge Klaus Stuhr: Richtig, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Pols, bitte.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr Stuhr, ich muss da mal anknüpfen, was der Kollege Grindel gesagt hat. Die Vorhaltung von Frau Voß, die Sie Ihnen eben gemacht hat, mit dem Überfluggebiet Hamburg-Berlin - Gorleben liegt mittendrin -: Sind Ihnen Flugkorridore damals bekannt gewesen, die es ja in

Abstimmung mit der DDR-Führung gab, wo Passagierflugzeuge damals langfliegen mussten?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben die Alliierten festgelegt!)

- Genau, Entschuldigung, die Alliierten. - Kennen Sie die Flugkorridore noch?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, beim besten Willen nicht.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Dann will ich Ihnen mal helfen. Die Flugkorridore von Hamburg nach Berlin gingen eben über Lüttau, Hagenow, Ludwigslust, ungefähr dort, wo heute die Deutsche Bahn ihre Schnellfahrstrecke hat, und nicht über das Wendland und weiter über die Altmark nach Berlin. Also ein falscher Vorhalt.

Des Weiteren: Ist Ihnen bekannt, dass im Jahre 1976 tatsächlich in dem Waldstück, wo das NEZ entstehen sollte, ein Landschaftsschutzgebiet gewesen ist?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Das ist nämlich damals kein Landschaftsschutzgebiet gewesen.

Des Weiteren die Trinkwassergebiete - auch ein Vorhalt, den Frau Voß Ihnen gemacht hat -: Ist Ihnen bekannt, dass dort ein Trinkwasserreservoir für Lüchow-Dannenberg bestanden hat bzw. immer noch besteht oder Wasserschutzgebiete, wie sie ja heute heißen?

(Johanna Voß (DIE LINKE): Doch! Ist bekannt!)

Dem ist nämlich auch nicht so, Herr Stuhr. Ich möchte nur mal darauf hinweisen, dass hier falsche Vorhalte gemacht werden vonseiten der Linken. Herr Kollege Grindel hat es eben schon dargelegt. Ich habe es Ihnen auch dargelegt. Ich finde so etwas nicht in Ordnung, wie hier Zeugen Sachen in den Mund gelegt werden bzw. Zeugen nach falschen Vorhalten befragt werden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut oder nicht gut. Selbstverständlich müssen wir uns an Vorhalte halten, die entsprechend korrekt und exakt sind.

Gibt es weiteren Fragebedarf bei der Union? - Nein, das ist nicht der Fall. Gibt es

Fragebedarf bei der SPD? - Bitte schön, Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Jetzt muss ich doch noch mal auch zur Klarstellung fragen. Ich will auch keine eigenen Interpretationen machen, sondern fragen anhand von uns vorliegenden Materialien, MAT B 21. Sie waren ja Vorsitzender der interministeriellen Arbeitsgruppe, und es gab ja so verschiedene Kriterien, nach denen Sie Gorleben, den Standort, bewertet haben. Sie haben vorhin auf die Frage des Herrn Grindel gesagt: Geologie hat schon auch eine Rolle gespielt. - Könnten Sie in etwa sagen, welchen Anteil - also es gab ja wirtschaftliche Kriterien, Verkehr, Wasserversorgung, Strukturpolitik, Landschaftspflege usw. - die Geologie und die geologischen Debatten zur damaligen Zeit gespielt haben?

Zeuge Klaus Stuhr: Das kann ich nicht, und das möchte ich auch nicht. Diese Jahre, Jahrzehnte zurückweisenden Fragen sind für mich unmöglich zu beantworten, in der heutigen Situation, keine Gelegenheit gehabt zu haben, in die Akten zu gucken, mich erneut zu informieren. Sie stellen Fragen, die kann keiner nach 36 Jahren beantworten. Also, das muss ich entschieden zurückweisen.

Ute Vogt (SPD): Sie müssen es ja nicht zurückweisen. Es war ja - - Wenn Sie es nicht beantworten können, dann ist es halt so. Ich wollte nur noch mal - - Vielleicht hilft Ihnen das: Es gibt eine Aufstellung, wo es damals vonseiten des IMAK prozentual zugeordnet worden ist. Da sagt man zum Beispiel: Das Thema Reaktorsicherheit und Strahlenschutz hat einen Anteil von 31,2 Prozent, und das Thema Endlagergeologie hatte einen Anteil von 12,8 Prozent. Also, das war eine prozentuale Aufstellung. Vielleicht kann ich Ihnen die auch mal - -

Zeuge Klaus Stuhr: Die ist sicherlich bei den Vorgängen. Die Aufstellung ist sicherlich bei den Akten.

Ute Vogt (SPD): Ja, ich könnte sie Ihnen geben, -

Zeuge Klaus Stuhr: Das ist sehr freundlich, ja.

Ute Vogt (SPD): - dass Sie es sich mal anschauen.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Das ist eine Originalakte. Da steht nur deshalb „Greenpeace“ drauf, weil Greenpeace das veröffentlicht hat. Wir haben das auch nur über die Veröffentlichung von Greenpeace, die das in den Akten gefunden haben, aber das ist im Grunde, also, das ist ja - - Könnten Sie uns dazu noch mal was sagen, zu dieser prozentualen - - Wissen Sie noch, wie die zustande kam?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein. In dieser Detailliertheit weiß ich das nicht mehr, in der Relation ja, aber nicht mit zwei Stellen hinterm Komma. Das habe ich nicht mehr im Kopf.

Ute Vogt (SPD): Okay. Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen aus der SPD-Fraktion? - Gut. Dann geht das Fragerecht noch mal an die FDP. - Keine weiteren Fragen. Dann geht das Fragerecht wieder an die Linken.

Johanna Voß (DIE LINKE): Dann darf ich weiterfragen, Herr Stuhr.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Muss aber nicht!)

- Ja, muss aber nicht, aber erst mal was richtigstellen. Das geht ja so auch nicht, dass Sie mir in den Mund legen, ich hätte von 100 Metern gesprochen. Ich kenne doch Gorleben. Ich habe gesagt, so wie es ist: 150 bis 200 Meter.

Und das war - - Das gehörte nicht - - Also, wenn das Salz bloß 150 bis 200 Meter unter der Erdoberfläche anfängt, dann war in allen Betrachtungen vorher das ein Grund gewesen, zu sagen: „Der Salzstock geht nicht“, weil da ist das, also dieses Abspülen und der Kontakt mit dem Grundwasser, viel zu schnell da. Und für Gorleben wurden dann diesen Kriterien aber geändert. Also vorher war das Kriterium gewesen: 300 bis 500 Meter ist ideal. Es gab ja noch ein Ausschlusskriterium, nämlich: zu tief. Das war bei anderen Standorten so gewesen. Also 800/900 Meter, wenn das Salz da anfängt: zu tief, also zu weiter Weg, bis man unten da ist, wo man hin muss oder will, besser nicht

muss mit dem Müll. Und das heißt: Hier wurde angepasst. Können Sie sich daran erinnern, wie das passiert ist, dass das zu-rechtgebogen wurde, damit es für Gorleben passt?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein. Das - - Nein ... (akustisch unverständlich).

Johanna Voß (DIE LINKE): Können Sie nicht? Und dann will ich noch mal sagen, was der Exinnenminister Baum hier gesagt hat.

Zeuge Klaus Stuhr: Wer bitte? Daum? Baum!

Johanna Voß (DIE LINKE): Baum. Gerhart Baum, ja. Der hat hier gesagt: Da hätte die Albrecht-Regierung ja unverantwortlich gehandelt, -

Zeuge Klaus Stuhr: Tja.

Johanna Voß (DIE LINKE): - wenn sie das Vorhaben unter diesem Gesichtspunkt weiterbetrieben hätte. Albrecht hätte sofort sagen müssen: Jetzt ist Schluss. - Wie schätzen Sie das ein? Meinen Sie - -

Zeuge Klaus Stuhr: Wenn das Herrn Baums Meinung ist, dann kann ich das nicht ändern, dann mag sie sein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, von Ihnen konnte er ganz sicher nichts erfahren, was - -

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, ganz sicher nicht.

(Abg. Johanna Voß (DIE LINKE)
wird ein Schriftstück vorgelegt)

Johanna Voß (DIE LINKE): Was ist das? - Also, 1975 - das ist hier MAT A 99, Band 19 -, vom Referat UA II 3, Referent Ministerialrat Dr. Holtzem, an den Minister, über Hartkopf, Abteilungsleiter UA, Unterabteilungsleiter UA II: „Standort für Entsorgungspark (insbesondere Endlager für radioaktive Abfälle)“, Bezug: M-Vorlage vom 3. Januar 75:

In der im Bezug genannten M-Vorlage

- ich will es mal gerade vorlesen so, ja? -

wurde die Situation um die Jahreswende 1974/75 bezüglich der Bereitstellung geplanter Entsorgungseinrichtungen geschildert. In der Zwischenzeit liegen erste Ergebnisse von Detailuntersuchungen vor ...

Daraus ergibt sich folgendes Bild, wird da gesagt:

Einer der 3 potentiellen Standorte (Stand Jahreswende 1974/75) ist inzwischen ausgeschieden, weil

- die innere, geologische Salzstockstruktur für ein Endlager ra

- radioaktiver -

Abfälle weniger geeignet ist und

- unter dem Salz große Erdgasfelder entdeckt wurden.

... weil ...

- die Salzstockstruktur derjenigen in der Versuchsanlage Asse weitestgehend entspricht ...

„Entscheidender Erfahrungswert“ steht hier.

Können Sie sagen, welcher Standort das gewesen ist, der da weggefallen ist, 74/75?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein, das kann ich Ihnen nicht geben, kann ich nicht sagen. Sorry.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, offensichtlich war aber hier Gas ein ganz entscheidendes Kriterium, zu sagen: Ist nicht!

Zeuge Klaus Stuhr: Mag sein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Mag sein. Ja, das steht - - das sagt ja dieses Papier hier aus.

Dann möchte ich Sie noch mal fragen, ob Sie sich an ganz außergewöhnliche Waldbrände erinnern, im Sommer 1975.

Zeuge Klaus Stuhr: Ich erinnere mich an Waldbrände, zum Beispiel in der Region Celle. Ich weiß nicht, ob das 1975 war.

Johanna Voß (DIE LINKE): Genau da. Erinnern Sie sich auch daran, dass das eine ganz besondere Sache war, dass es drei gleichzeitige riesengroße Waldbrände gab?

Zeuge Klaus Stuhr: Ich erinnere mich an Celle, ich erinnere mich an einen weiteren. Aber ich erinnere mich nicht an den, -

Johanna Voß (DIE LINKE): An den dritten?

Zeuge Klaus Stuhr: - an den Sie sich hier offenbar erinnern.

Johanna Voß (DIE LINKE): Der dritte war der ganz große Waldbrand in Gorleben, -

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): - der den ganzen Wald verwüstet hat und beinahe, wenn nicht der Wind in letzter Sekunde gedreht hätte, auch ein ganzes Dorf zerstört hätte.

Zeuge Klaus Stuhr: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Die Urhebererschaft für diese Waldbrände ist nie geklärt worden.

Zeuge Klaus Stuhr: Richtig.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber Sie wissen auch, dass das genau die drei letzten verbliebenen Standorte waren, die in die Auswahl kamen für ein geplantes NEZ? Das erinnern Sie?

Zeuge Klaus Stuhr: Daran erinnern ich mich. Aber die Schlussfolgerung daraus zu ziehen „Da gibt es jemanden, der das macht“ - das tun Sie offenbar, die Schlussfolgerung - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich - -

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich erinnere mich an die Waldbrände, natürlich; das hatte ja naturkatastrophenähnliche Dimensionen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Klaus Stuhr: Und ich erinnere mich daran, dass die Urheber dieser Waldbrände offensichtlich nicht gefunden worden sind.

Johanna Voß (DIE LINKE): Noch mal eine Frage zu dem Regierungswechsel.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Zu welchem?)

Sie haben in einem Schreiben vom 15.02.77, MAT E 6, Band 19, P 264 bis 265, an das Referat 04 auf deren Fragen hin erläutert, wie das Thema Entsorgungszentrum von 1975 - Regierung Kubel - bis zum Februar 1977 - das war dann Regierung Albrecht - behandelt wurde. Daraus wird deutlich, dass sich die alte Regierung am 11.11.76 bereitfindet, eine Standortvorauswahl zu treffen, und bereits im Februar 77 die neue Albrecht-Regierung diese alte Vereinbarung auch erfüllt. Wer außer Ihnen hat dafür gesorgt, dass dieses Thema so nahtlos weiter vom Land Niedersachsen bearbeitet und erledigt wurde? Waren Sie da der Garant dafür, dass das Thema bleibt und weiter vorankommt?

Zeuge Klaus Stuhr: Also, ich weiß nicht, ob ich der Urheber war.

Johanna Voß (DIE LINKE): Erinnern Sie sich an irgendwelche Schwierigkeiten bei dem Regierungswechsel?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein. Schwierigkeiten genug, aber in diesem Zusammenhang nicht.

Johanna Voß (DIE LINKE): Spielte in dem Zusammenhang keine Rolle?

Zeuge Klaus Stuhr: Bitte?

Johanna Voß (DIE LINKE): Das spielte in dem Zusammenhang und für dieses Thema keine Rolle?

Zeuge Klaus Stuhr: Natürlich spielte das eine Rolle, aber ich kannte sie nicht.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ach so.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das Fragerecht ist jetzt wieder bei den Grünen. Herr Kollege Wieland. - Keine weiteren Fragen. Dann gucke ich noch mal in die Runde. CDU/CSU-Fraktion? - Keine weiteren Fragen. SPD-Fraktion? - Keine Fragen. FDP? - Auch keine. Die Linke? - Auch keine. Ganz wunderbar. Den Kollegen Wieland hatte ich gerade gefragt. Dann sind wir tatsächlich durch.

Herr Stuhr, wir danken Ihnen sehr herzlich dafür, dass Sie dem Ausschuss als

Zeuge zur Verfügung gestanden haben und es auf sich genommen haben, uns Auskunft zu geben.

Ich will nun ein paar formale Dinge noch sagen und bitte die Kolleginnen und Kollegen, noch einen Moment sozusagen das Zuhören zu ermöglichen.

Das Sekretariat, Herr Stuhr, sendet Ihnen das Protokoll zu, sobald es fertig ist. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss festgestellt hat.

(Unruhe)

- Entschuldigung, darf ich um ein wenig Ruhe bitten? - Diese Entscheidung darf aber erst dann ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. - Haben Sie dazu noch Fragen, Herr Stuhr?

Zeuge Klaus Stuhr: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist nicht der Fall. - Dann bedanke ich mich noch mal sehr herzlich bei Ihnen, dass Sie hier bei uns waren.

Ich bedanke mich ebenso bei den Stenografen für ihre Arbeit, schließe die Sitzung und erinnere die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses, dass wir um 20 vor fünf, also um 16.40 Uhr, dann beginnen werden mit der Beratungssitzung. - Herzlichen Dank.

(Schluss: 16.31 Uhr)